

Zur Situation des Rätoromanischen in Graubünden

Bedrohte Landessprache – notwendige
Vorkehrungen zu ihrer Rettung

Martin Bundi
Chur 2014

Inhalt

Vorwort – 5

1.

Das Rätoromanische im Lichte der
Volkszählung 2000 – 7

2.

Entwicklung im letzten Jahrzehnt – 13

3.

Bedrohungen im Weiterbildungsbereich sowie in
Zusammenhang mit Rumantsch Grischun (RG)
und mit Gebietsreformen – 28

4.

Romanisch: 75 Jahre Landessprache – 35

5.

Sofortmassnahmen und Minimalprogramm – 39

6.

Appell an die Befürworter einer
viersprachigen Schweiz – 44

Anhang – 53

Vorwort

Das Rätoromanische, die jüngste der vier anerkannten Landessprachen, ist heute in ihrer Existenz bedroht (nicht nur gefährdet). Diese Erkenntnis ist nicht neu, wird aber in der Öffentlichkeit kaum ernsthaft wahrgenommen. Interessant ist, dass der massive Rückgang der rätoromanischen Sprache parallel einhergeht einerseits mit einem neuen kulturellen Aufschwung bei den Romanen selbst und andererseits mit einem gestiegenen Interesse von Wissenschaft und Forschung an dieser Sprache. Indessen befasst sich der weitaus grösste Teil der wissenschaftlichen Untersuchungen mit Teilaspekten und Einzelfragen, selten aber mit vertieften Studien zum Rückgang der Sprache und zur Frage, wie dieser gestoppt werden könnte. Die Politik ferner gefällt sich weitgehend in einer Zuschauerrolle, indem sie sich nicht zu den dringend notwendigen Beschlüssen und Massnahmen durchringen kann. Den Ernst der Situation zeigen die Ergebnisse der Volkszählung 2000 auf eklatante Art, und die Entwicklung der Nachfolgezeit bestätigt den negativen Trend. Im Jahre 2010 gab es keine Volkszählung im traditionellen Sinn, und es liegen deshalb auch keine neuen schlüssigen Resultate zum Romanischen vor.

1.

Das Rätoromanische im Lichte der Volkszählung 2000

Die offiziellen Statistiken der Schweiz nannten für das Jahr 2000 noch 35 095 Personen mit rätoromanisch als Hauptsprache oder 0,5% der Schweizerbevölkerung. Rätoromanisch bedeutete hier die bestbeherrschte Sprache. Bei Volkszählungen bis 1980 lautete die Frage nur nach der Muttersprache; als solche hatten damals noch 51 128 Personen rätoromanisch genannt. Den prozentualen Anteil des Rätoromanischen an der gesamten Schweizerbevölkerung beziffern die Statistiken von 1950 bis 2000 wie folgt: 1950: 1.0%; 1960: 0.9%; 1970: 0.8%; 1980: 0.8%; 1990: 0.6%; 2000: 0,5%¹. Es wurde aber im Jahre 2000 auch nach der regelmässig gebrauchten (gesprochenen) Sprache gefragt; in dieser Kategorie figurierte das Romanische mit fast doppelt so viel Sprechern als Romanen, die sie als Hauptsprache angaben. Die Frage nach der regelmässig gebrauchten Sprache ist die korrekte in einer zweisprachigen Gemeinschaft wie die Rätoromania sie heute ist. Manche Romanen protestierten in der Folge mit dem Hinweis, dass sie als Zweisprachige zwar deutsch als die besserbeherrschte Sprache angegeben, aber das Romanische als die am meisten gesprochene (gebrauchte) und als ihre eigentliche Muttersprache betrachtet hätten. Trotz solchem Einwand blieb es statistisch bei der Zahl der bestbeherrschten Sprache².

Differenzierte Fragestellung

Die differenzierte Fragestellung macht es schwierig, den genauen Stellenwert des Rätoromanischen zu eruieren. Unbestritten ist jedoch der kontinuierliche Rückgang als Hauptsprache. Die Gründe für denselben sind bekannt: Geringes demographisches Wachstum in den Rand- und Berggebieten, teilweise Abwanderung von qualifizierten einheimischen Arbeitskräften, starke Zuwanderung seit dem wirtschaftlichen Aufschwung nach dem II. Weltkrieg insbesondere mit der rasanten touristischen Erschliessung der letzten Jahrzehnte. Ferner dispensierte das Fehlen eines umschriebenen Territorialprinzips die meisten (deutschsprachigen) Zuzüger von der sprachlichen Integration. Zu diesem Problem hält die Publikation des Bundesamtes für Statistik von 2005 zur «aktuellen Lage des Romanischen» folgendes fest: «Die Zuzüger sind unvermeidbarerweise fremdsprachig. Sie würden sich wie anderswo über die Schule, die Verwaltung, das tägliche Leben sprachlich integrieren, wenn das Romanische nur dieselben Rechte genösse, wie die übrigen Nationalsprachen in ihren jeweiligen Regionen. Die Diskriminierung des Romanischen bremst aber die Integrierung»³.

Das rätoromanische Gebiet und die reale Sprachsituation

Vom 16. bis zum 19. Jahrhundert machten die Romanen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Graubündens aus. Der Rückgang seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist einerseits auf den sozialen Prestigeverlust und andererseits auf die fehlende Präsenz in der Schule zurückzuführen. Im industriellen Zeitalter wurde die

romanische Sprache manchenorts als eine Belastung und ein Hemmnis für das berufliche Fortkommen empfunden und deshalb als vernachlässigbar betrachtet. Bei der Einführung der obligatorischen Volksschule um 1848 verzichteten die meisten Gemeinden des Domleschgs, Heinzenbergs und Imbodens darauf, die romanische Grundschule einzuführen, wie sie sich insbesondere im Vorderrheintal, Oberhalbstein und Engadin etablierte. Es gab am Heinzenberg gar Lehrer, die es den Schülern verboten, in den Pausen miteinander romanisch zu sprechen und ihnen widrigenfalls Geldbussen auferlegten. So brach langsam ein wichtiges Verbindungsstück in Mittelbünden ein, das bisher die eigentliche Brückenfunktion zwischen Surselva und Engadin gebildet hatte.

In der erwähnten Publikation «Die aktuelle Lage des Romanischen» wird nun erstmals der Versuch unternommen, das rätoromanische Gebiet Graubündens zu umschreiben: Es wird dort mit dem Terminus «traditionell romanischsprachiges Gebiet» (TR) operiert. Als solches wird jenes Territorium konkretisiert, wo das Romanische nach den ersten eidgenössischen Volkszählungen (um 1880) die Mehrheitssprache in der jeweiligen damaligen Gemeinde war. Nach verschiedenen Gemeindetrennungen und -fusionen wurden für das Jahr 2000 im TR 120 Gemeinden ermittelt. Diese Zahl verändert sich kontinuierlich durch den laufenden beschleunigten Prozess von Gemeindefusionen. Zudem ist die Situation im traditionell romanischsprachigen Gebiet fließend und oft widersprüchlich, sei das bezüglich der effektiv gesprochenen Sprachen, des amtlichen Sprachengebrauchs oder der Schulunterrichtssprachen⁴. Im folgenden wird versucht, einige Grunderkenntnisse der Sprachensituation im «traditionell romanischsprachigen Gebiet» (TR) zusammenzufassen:

– *Romanischkenntnisse*: Von den 120 Gemeinden des TR gaben in

62 Gemeinden über 50% der Einwohner das Romanische als die bestbeherrschte Sprache an, und in 75 Gemeinden bezeichneten mehr als 50% das Romanische als ihre Gebrauchssprache.

- *Schulsprache*: In 82 Gemeinden besteht die romanische Grundschule, d.h. mit dem gesamten Unterricht in romanisch in den ersten drei Primarklassen, dann immer mehr deutsch im Stundenplan, neuerdings auch englisch ab der fünften Klasse. 17 Gemeinden kennen die deutsch-romanische Schule, wonach die Sprache grundsätzlich deutsch ist, romanisch aber als Unterrichtsfach geführt wird, dies allerdings mit zum Teil nur minimaler Dotation von je zwei Wochenlektionen nur in den ersten zwei oder drei Primarklassen. 4 Gemeinden mit dem sogenannten immersiven zweisprachigen Unterricht. 17 Gemeinden mit nur deutsch als Unterrichtsfach; hier handelt es sich vorwiegend um Domleschger Gemeinden, die nur rudimentär oder nie den Romanischunterricht gekannt haben.
- *Amtssprache*: 50 Gemeinden kennen als rechtlich verankerte Amtssprache nur das Rätoromanische. 9 weitere handhaben das Romanische als Amtssprache, ohne es rechtlich verankert zu haben. 9 Gemeinden besitzen romanisch und deutsch als verankerte Amtssprache, und 11 weitere Gemeinden praktizieren das gleiche ohne rechtliche Fixierung. 4 Gemeinden haben deutsch als Amtssprache rechtlich verankert (Bever, Celerina, Segl, Brinzeuls), und 37 praktizieren deutsch als Amtssprache ohne Verankerung (darunter ein grosser Teil Mittelbündens, dann des Oberengadins und Imbodens, z.B. Domat-Ems und Flims)⁵.

Konzeptlosigkeit und mangelnde Kohärenz

Obige Darstellung zeigt die komplizierte Vielfalt der Verhältnisse auf, die darauf beruht, dass jede Gemeinde auf Grund der Gemeindeautonomie selbst entscheidet und an kein Gesamtkonzept gebunden ist. Sie offenbart aber auch die totale Führungsschwäche des Kantons: Weder fördert er besonders die romanische Sprache, wie das angesichts ihrer bedrohten Lage unabdingbar wäre, noch koordiniert er die für den Erhalt des Rätoromanischen wichtigsten Regelungen der Amts- und Schulsprache auf Gemeindeebene. Damit nimmt er die Aufgabe, die ihm gemäss Bundesverfassung, Kantonsverfassung und kantonalem Sprachengesetz zugewiesen ist, überhaupt nicht wahr. Gemäss Art. 3 der Kantonsverfassung haben Kanton und Gemeinden die rätoromanische Sprache zu unterstützen und die erforderlichen Massnahmen zu ihrer Erhaltung und Förderung zu ergreifen. Ferner hat die Bestimmung der Amts- und Schulsprachen durch die Gemeinden und Kreise im Zusammenwirken mit dem Kanton zu erfolgen, was die Gemeindeautonomie einschränkt. Von einem solchen Zusammenwirken ist praktisch nichts zu bemerken.

Ähnlich verhält es sich mit Bestimmungen im kantonalen Sprachengesetz: Danach (Art.16) wären je nachdem in Gemeinden mit 40% oder 20% von Angehörigen der romanischen Sprache (angestammte Sprachgemeinschaft) das Rätoromanische zwingend als alleinige oder als zweite Amtssprache einzuführen; bei der Berücksichtigung des Kriteriums der gebrauchten Sprache wäre ein viel grösserer Kreis von Gemeinden verpflichtet, das Romanische als Amtssprache zu verwenden, als dies gegenwärtig der Fall ist. Auch die Artikel 19 und 20 betreffend die Schulsprache werden nur sehr

mangelhaft beachtet und umgesetzt. Die Bestimmung, wonach an Orten mit noch mindestens 10% Angehörigen der angestammten Sprachgemeinschaft während der obligatorischen Schulzeit rätoromanisch anzubieten ist, wird an diversen Orten vollständig missachtet. Als der romanischen Sprache geradezu schädlich muss die Übergangsbestimmung gelten, die besagt, dass die Regelungen des Gesetzes über die Amts- und Schulsprachen keine Anwendung finden bei Beschlüssen von Gemeinden, welche vor Inkrafttreten des Gesetzes gefasst wurden. Damit zementiert das Gesetz zumeist negative und nicht mehr zeitgemässe Lösungen und verhindert eine vernünftige Weiterentwicklung. Diese Beispiele zeigen, dass die untauglichen Teile des Sprachengesetzes unbedingt zu revidieren sind und dass eine Kontrolle des Kantons über die Einhaltung der grundlegenden Bestimmungen unerlässlich ist.

2. Die Entwicklung im letzten Jahrzehnt

Dass die Situation des Romanischen nach Kenntnisnahme der Resultate vom Jahre 2000 eine alarmierende war, wurde aufmerksamen Zeitgenossen ziemlich bald klar. Die meisten Romanen verblieben aber gleichgültig. Der Kanton seinerseits erliess in seiner total-revidierten Verfassung 2003 einen Sprachenartikel, der allgemein die Grundsätze der revidierten Bundesverfassung von 1996 etwas verdeutlichte, im wesentlichen aber die Hauptverantwortung für die Spracherhaltung auf die Gemeinden abschob. Die rhetorisch wohlklingende Fassung in der Präambel, wonach es u.a. die Absicht der neuen Kantonsverfassung sei, die Dreisprachigkeit und kulturelle Vielfalt zu fördern und als Teil des geschichtlichen Erbes zu bewahren, blieb weitgehend eine Leerfloskel. In der Folge schuf der Kanton noch ein Sprachengesetz, das im Jahre 2008 in kraft trat und worauf in einigen Punkten bereits hingewiesen worden ist.

Ein «Manifest» zur Alarmierung der Öffentlichkeit

Im Frühjahr 2002 trat eine Gruppe von fünf engagierten Romanen über die Medien und das Internet mit einem «Manifest» an die Öffentlichkeit, mit dem sie die Schweizer Bevölkerung auf das

Existenzproblem des Rätoromanischen aufmerksam machte. Sie verlangte u.a. dringend wirksame Handlungen und Massnahmen von Seiten der Gemeinden, des Kantons und des Bundes⁶. Das Manifest forderte auch einen wirksamen Gebietsschutz für das romanische Territorium, ein kantonales Sprachengesetz und klare Bestimmungen betreffend Amts- und Schulsprachen. Das Dokument wurde von mehr als 3000 Personen, auch von vielen Schweizern im Ausland, mitunterstützt und unterschrieben. An einer offiziellen Medienveranstaltung wurde es präsentiert und der kantonalen Regierung übergeben sowie dem Bundesrat unterbreitet. Während von Seiten des Kantons vom zuständigen Departement überhaupt keine Reaktion eintraf, bestätigte Bundesrätin Ruth Dreifuss den Eingang und den Willen der Landesregierung, das Rätoromanische gemäss den in der Bundesverfassung niedergelegten Grundsätzen zu fördern; hingegen sei es Sache des Kantons Graubünden, das rätoromanische Sprachgebiet zu umschreiben und zu schützen.

Zum Schicksal des Rätoromanischen in jüngster Zeit: ein «Memorandum»

Der Verfasser dieser Zeilen bemühte sich vor etwa zehn Jahren, die Sprachentwicklung von ca. 1996 bis 2004 zu analysieren, nachzuzeichnen und zu bewerten. Seine Ergebnisse fanden in einer vervielfältigten (nicht gedruckten) Publikation unter dem Titel «Memorandum zum Schicksal der rätoromanischen Sprache an der Wende des 20. zum 21. Jahrhundert» (1996–2004) ihren Niederschlag. Er erwähnte darin nach einem kurzen geschichtlichen Abriss die Anstrengungen auf Bundesebene, die Statistik vom Jahre 2000, den kulturellen Leistungsausweis der Rätoromanen, das

besagte «Manifest», das Versagen des Kantons, die Defizite und Diskriminierungen auf Bundes- und Kantonsebene, Neuerungen und Förderungsmassnahmen mit ungewissem Ausgang und die europäische Sprachencharta; zum Schluss fügte er eine Reihe von Vorschlägen für ein Szenario der radikalen Wende an⁷. Dieses «Memorandum» erfuhr eine gewisse Unterstützung von Seiten der Lia Rumantscha, welche die Arbeit und die Kosten der Vervielfältigung übernahm und auch auf Wunsch die Vermittlung an Interessenten gewährleistete. Die LR nahm aber das «Memorandum» nicht zum Anlass, konkret und nachdrücklich sprachpolitische Massnahmen zu fordern, wie sie dies in den 80-er und 90-er Jahren erfolgreich getan hatte. Der Verfasser übersandte das «Memorandum» persönlich an eine grosse Zahl von in der romanischen Bewegung involvierten Persönlichkeiten und Parlamentariern. Es stand allen Vertretern der Romanenfraktion (etwa 40) des Grossen Rates zur Verfügung, und es wurde an einem Stand an der ausserordentlichen Session der eidgenössischen Räte in Flims im Herbst 2006 jedermann angeboten. Trotz Hinweisen auf das dramatische Existenzproblem des Romanischen blieb die Politik passiv.

Problematische Entwicklungen in den Schulen – Fallbeispiele

Nachfolgend wird auf eine Reihe von Fällen in jenem Teil des «romanischsprachigen Territoriums» eingegangen, das die eigentliche Brückenfunktion zwischen dem Engadin und dem Vorder- rheintal darstellt.

Die politische Gemeinde *Flims* führte noch bis zum Jahre 1956 ihre Gemeindeversammlungen in romanischer Sprache durch. Heute

tut dies dort noch die Bürgergemeinde. Die Gemeinde gehört zum traditionell romanischen Gebiet, die es aber im 19. Jahrhundert unterliess, die romanische Grundschule einzuführen; immerhin liess sie aber in allen Volksschulklassen mindestens zwei Lektionen romanisch unterrichten. Erst im Jahre 2001 beschränkte sie dieses Pensum auf die ersten drei Primarschulklassen. Zwar figuriert das Romanische auf dem Papier noch als Wahlfach für die Mittelstufe, jedoch wird es kaum gewählt, da es in Konkurrenz zum gemäss kantonalem Schulgesetz obligatorischen Italienisch an deutschen Schulen steht; im Schuljahr 2011/2012 haben sich erstmals sechs von 24 Schülern der vierten Klasse für Romanisch als Wahlpflichtfach entschieden. Auf der Oberstufe, wo das Fach noch freiwillig angeboten wird, besucht ein einziger Flimser Schüler die zwei Romanischlektionen zusammen mit Schülern aus Trin. Dass dieses Konzept praktisch nur eine Alibiübung darstellt, ist ziemlich klar. Ohne eine obligatorische Fortsetzung des Unterrichts in der angestammten Sprache nach der dritten Primarschulklasse geht das Gelernte langsam verloren und verliert das Romanische an Interesse. «Flims wertet sich selbst von «deutsch» auf «deutsch mit nur symbolischer Präsenz des Romanischen» auf», kommentierte Jean Jacques Furer in der «aktuellen Lage»⁸. Im Jahre 2004 beschlossen die eidgenössischen Räte, wieder eine ausserordentliche Session auswärts in einem anderen Landesteil abzuhalten. Ständerat Christoffel Brändli warb stark dafür, dass sie nach Graubünden käme, nämlich nach Flims, wie er argumentierte: ins «rätoromanische Gebiet». Diese Idee setzte sich schliesslich durch. Angesichts des schwachen Stellenwerts, den das Romanische bei den Flimser Behörden genoss, unternahm es der Schreibende, den Gemeindevorstand in einem persönlichen Brief einzuladen, ein Projekt für die Aufwertung des Romanischen zu planen und dem Stimmvolk

vorzulegen: Die Einführung der zweisprachigen Schule romanisch-deutsch nach dem Beispiel von Samedan und die Erhebung des Romanischen neben dem Deutschen zur Amtssprache der Gemeinde, zumal etwa 500 Einwohner von Flims bei der letzten Volkszählung sich noch zum Romanischen als Verkehrssprache bekannt hatten. Die Antwort des Gemeindepräsidenten – selber aus alpbürgerlichem Geschlecht der Gemeinde stammend, aber nicht romanischredend – hätte kaum abweisender ausfallen können. So fand denn die Parlamentssession im Herbst 2006 in Flims ohne einen zusätzlichen Spracheffort von Seiten der Gemeinde im «romanischen Territorium» statt. Auch in diesem Fall machten die Sprachorganisationen nicht den nötigen Druck; als Einzelner kann man nicht viel bewirken. – Was sich hier abspielte und immer noch andauert, ist eigentlich ein öffentliches Ärgernis. Flims, eine Gemeinde mit einer reichen romanischen Schrifttradition (Gemeindegesetze und Ordnungen), die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Person von Gian Fontana noch einen romanischen Dichter von Format besessen hat, dessen Werke anschaulich vom harten Leben der Bauernfamilien, von der sozialen Not, von der vergangenen Kultur und der touristischen Aufbruchzeit sowie von den vielen Sagen der Umgebung Zeugnis ablegte; eine Gemeinde ferner, deren vielfältige romanische Flurnamen in charakteristischer Weise die Geländeformen, Naturmerkmale, die Arten des Feldbaues und der Agrarwirtschaft widerspiegeln: diese Gemeinde lässt in ihrer Schule das Deutsche, Italienische und Englische lehren und gewährt der angestammten romanischen Sprache ein bejammernswertes Restdasein; damit lässt sie auch den reichen kulturellen Hintergrund verkümmern, der ohne die Vermittlung der angestammten Sprache nicht gewürdigt und verstanden werden kann⁹.

Etwas besser als in Flims, aber nicht optimal, ist die Situation in

Trin. Diese noch bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts starke romanische Gemeinde, wurde in den letzten Jahrzehnten sprachlich stark bedrängt. Eine feste Stütze bildete indessen die romanische Grundschule. Schon zweimal jedoch – in den 1930-er und in den 1960-er Jahren – erfolgten Versuche, anstatt der romanischen die deutsche Schule nach dem Beispiel von Flims einzuführen. Beide Male erfuhren die Initianten klare Niederlagen in den Gemeindeversammlungen: Das erste Mal dank einer tatkräftigen Intervention des gebürtigen Trinser alt Bundesrats Felix Calonder, dem einzigen bisherigen romanischsprachigen Bundesrat; das zweite Mal durch das frühzeitige gemeinsame Einschreiten sowohl des Präsidenten der Lia Rumantscha als auch der romanischen Sprachvereinigung Renania¹⁰. Ein dritter Anlauf zur Veränderung der bestehenden romanischen Grundschule im Jahre 2004 hatte schliesslich Erfolg: Es war dies der Übergang zu einem zweisprachigen Unterricht, vom Kanton als «zeitlich befristeter Schulversuch» bewilligt, obwohl mit der Bemerkung versehen, dass es «nicht ganz den Vorgaben des zweisprachigen Schulmodells entspreche». Trotzdem erklärte die Regierung im Mai 2010 das Trinser Modell als «definitiv»¹¹. Die Initianten priesen ihre Neuerung als grossen Erfolg an. Tatsächlich war es das Gegenteil. Seither beginnt der Kindergarten vorwiegend in deutscher Sprache, die Primarschule auf der Unterstufe mit mehrheitlich Deutschunterricht und weist erst in der Mittelstufe ein umgekehrtes Verhältnis auf; und auf der Oberstufe wird kein obligatorischer Romanischunterricht mehr angeboten; ein Wunder fast, dass trotzdem eine erhebliche Anzahl Trinser Schüler auf dieser Stufe den fakultativen Zweilektionenunterricht, der in Flims angeboten wird, besucht.

Das Beispiel zeigt, wie führungslos der Kanton agierte: Obwohl er erkannte, dass das Trinser Modell den Anforderungen der

zweisprachigen Schule nicht genügte, gab er ihm grünes Licht. Es wäre an der Zeit, dass der Kanton dessen Abänderung im Sinne des Samedaner Modells verlangte. Die LR als Dachorganisation hätte rechtzeitig mit wirksamen Vorstössen intervenieren können.

Das Modell von Samedan

Samedan entwickelte 2001 das erste Modell einer vom Kanton anerkannten zweisprachigen Schule. Es war als eine neue Schulform in stark germanisierten Gebieten gedacht und an diversen minimalen Bedingungen gebunden. Danach sind Romanisch und Deutsch vom Kindergarten bis zur 9. Volksschulklasse «immersive» Unterrichtssprachen. «Immersiv» bedeutet, dass die beiden Sprachen mündlich und schriftlich im Sprach- und Sachunterricht angewendet werden. Das Romanische als die schwächere der beiden Sprachen liegt dabei in der Primarschule mit 70% höher als das Deutsche, auf der Oberstufe mit je 50% gleichauf. Dieses Modell gilt weltweit als die effektivste Methode zur Erhaltung einer gefährdeten Zweitsprache¹². Der Kanton muss deshalb bei allen Formen des zweisprachigen Unterrichts auf die Einhaltung der minimalen Bedingungen des Samedaner Konzepts insistieren. Dieses Konzept soll nur an sprachgefährdeten Orten des traditionell romanischen Gebiets angestrebt werden, nicht aber die bewährte romanische Grundschule ersetzen wollen.

Die Gemeinde *Domat-Ems* nahe bei Chur galt lange Zeit als ein starker romanischer Vorposten im Rheintalgebiet. 1876 zählte die Gemeinde 1430 Einwohner, von denen 95% romanischsprachig

waren. Im Jahre 2000 gaben von insgesamt 7400 Einwohnern noch deren 1250 oder 17% an, regelmässig romanisch zu reden¹³. Im kulturellen Leben der Gemeinde spielte und spielt immer noch die romanische Sprache eine grosse Rolle: Im Gesang, Volkstheater, in Bräuchen und an Festen. Auch die Bürgergemeinde pflegt das Romanische noch mit Hingabe. Ferner gingen aus dem Dorf mehrere romanische Schriftsteller hervor, von denen einer, Gion Antoni Bühler, das erste Konzept für eine gemeinromanische Schriftsprache entwarf, und ein anderer, Flori Aloisi Zarn, originelle Dichtungen im Emser Idiom verfasste. – Leider geniesst die romanische Sprache in der Schule nicht die Bedeutung, die ihr zukäme. Das Schulkonzept umfasste bis 2012 nur je zwei Wochenlektionen in den beiden ersten Primarklassen (vor wenigen Jahren wurde es von drei auf zwei Jahre reduziert). Inzwischen (ab 2013) wurde dieses Modell zugunsten einer zweisprachigen Schule Deutsch/Romanisch aufgegeben: Ein Konzept, das zwar über alle Klassen hinweg Geltung hat, aber nur auf Freiwilligkeit beruht und deshalb nur einen Teil der gesamten Schülerschaft miteinbezieht. Die relativ starke Minderheitsstellung des Romanischen in Domat-Ems, vor allem auch im gesellschaftlichen Leben, verdiente es, das zweisprachige Samedaner Modell einzuführen. Es würde eine wichtige moralische Unterstützung jener Emser bedeuten, die bis heute beharrlich und mit viel Hingabe ihre Muttersprache gepflegt und in ihren Familien weitergegeben haben.

Die Stadt *Chur* hat in letzter Zeit mit der Einführung je eines zweisprachigen fakultativen Unterrichts deutsch-italienisch und deutsch-romanisch in der Primarschule auf die Belange der kantonalen Minderheitensprachen Rücksicht genommen; sie kommt mit diesem Sprachtypus den Wünschen vieler Stadteinwohner entgegen, zählt doch die Gemeinde mit ihren ca. 33 000 Einwohnern

ca. je 3000 Italienisch- und Romanischsprachige. Die rätoromanische Sprachgemeinschaft in Chur ist die grösste des Kantons und würde es verdienen, noch stärker gefördert zu werden, d.h. dass die Behörden auf berechtigte Anliegen von Eltern spontan und positiv reagieren müssten.

Im Domleschg/Heinzenberg lebte in einer Reihe von Gemeinden das Romanische um 1950 noch stark. *Feldis*, *Scheid* und *Präz* kannten teils die romanische Grundschule, teils Einzellektionen durch alle Klassen. Es wurde mit Lehrmitteln in sursilvanischer oder mit solchen im neu geschaffenen Sutsilvan gearbeitet. Als Schöpfer des umstrittenen Sutsilvan um 1943 gilt der italienische Flüchtling Giuseppe Gangale, der in seinem Bemühen, insbesondere auch romanische «scolettas» zu gründen, durch den damaligen Präsidenten der LR, Stefan Loringett, unterstützt wurde¹⁴. Im Jahre 2002 strichen die beiden Gemeinden Feldis (22,6% romanischsprachig) und Scheid (33,3% romanischsprachig) das Romanische total aus der Primarschule, dies basierend auf dem vom Grossen Rat 1997 erlassenen neuen Sprachenkonzept, das 1999 in kraft trat. Dieses sah vor, von der vierten Primarklasse an in den Schulen Deutschbündens Italienisch zu führen (es führte auf der Oberstufe auch zur Verbanung des Französischen aus den Bündner Schulen). Dieser unüberlegte Beschluss, der eigentlich die Minderheitssprache Italienisch hätte aufwerten sollen, hatte eine tragische Konsequenz: Er wirkte sich zum Schaden der romanischen Sprache aus. Denn nun sah sich eine Reihe von gemischt- oder deutschsprachigen Gemeinden am Rande des rätoromanischen Gebiets veranlasst, zum Italienischen zu wechseln und das Romanische aufzugeben. Denn in den benachbarten regionalen Oberstufen, wo deren Schüler zugeteilt waren, wären diese ohne den Italienischunterricht auf der Primarschulstufe in grossem Nachteil und überhaupt nicht konkurrenzfähig gewesen¹⁵.

So führte das neue Sprachenkonzept zum obgenannten Sprachwechsel in Feldis und Scheid und aber auch zur Aufgabe des Romanischen als Schulfach in Sprachgrenzgemeinden wie z.B. Valendas.

Lange Zeit schien das *Schamsertal* in Mittelbünden eine Bastion des Romanischen gewesen zu sein. Dies kam z.B. noch 1958 zum Ausdruck, als die Talbevölkerung mit grossem Enthusiasmus ein grossartiges romanisches Freilichtspiel von Curò Mani anlässlich der 500 Jahr-Feier Schamser Freiheit aufführte. Heute bietet sich ein betrübliches Bild an. Gemäss einer 2010/11 erfolgten sogenannten «Schulfusion» gilt nunmehr die folgende Regelung:

- Zwei Kindergärten: Andeer deutsch, Zillis romanisch (für Zillis und den Schamser Berg).
- Zwei Primarschulen: Andeer deutsch mit zwei Romanischlektionen in der ersten und zweiten Klasse, danach Italienisch oder Romanisch (aktuell haben vier Schüler romanisch gewählt); Donat romanische Schule in Sutsilvan. – Die Schüler des ganzen Tales können wählen, in welche Primarschule sie gehen wollen; 2010/2011 besuchten nebst den Schülern des Schamserbergs ein Schüler von Andeer und 2 von Zillis die romanische Schule in Donat.
- Die Oberstufe ist für das ganze Tal in Zillis, praktisch fast ausschliesslich in deutsch (Wahl zwischen Italienisch und Romanisch; 2010/11 niemand mit Romanisch, für das folgende Jahr zwei angemeldet).

Diese Übungsanlage zeigt den Alibicharakter, wie bei Flims, indem das Romanische an den Schulen in Andeer und Zillis einen äusserst geringen Stellenwert hat und insbesondere an der Oberstufe, wo die Vermittlung sehr wichtig wäre, fast ganz entfällt¹⁶.

Im *Albulatal* herrscht in der Frage der Schulsprachen ebenfalls eine verworrene Situation. Weitgehend als Folge des unsinnigen

kantonalen Sprachenkonzepts entschied sich die Gemeindeversammlung von *Vaz-Obervaz* am 9. April 2006, das Romanische in der Schule zugunsten des Italienischen fallen zu lassen (40% der Stimmbürger wollten am Romanischen festhalten). Was soll da noch ein Art. 4 in der Gemeindeverfassung, der das Romanische als die angestammte Sprache der Gemeinde erklärt, als Amtssprachen das Romanische und das Deutsche bezeichnet und der mit dem Satz endet: «Die Gemeinde fördert die Bemühungen zur Erhaltung der angestammten Sprache»?¹⁷ In *Surava* und *Alvagni* passierte das gleiche anfangs Dezember 2009. Eine Zeitungsnotiz brachte die Meldung in sechs Zeilen. Kaum eine Diskussion löste dieser Sprachwechsel in den Medien, bei den romanischen Vereinigungen, bei der Lia Rumantscha oder der Kantonsregierung aus, deren ein romanischsprachiges Mitglied in Surava domiziliert war. Ja, nicht einmal die «Uniun rumantscha grischun central» brachte es in ihrem Jahresbericht 2009 fertig, den Tatbestand mit einem Wort zu erwähnen: Im Abschnitt «Das Romanische in der Schule beobachten» folgte lediglich der Satz: «Dies geschieht sowohl in der Sutselva als auch in der Val d'Alvra!» Was wird denn da noch beobachtet? Ironischer kann es wohl nicht zu und her gehen? Die Beschlüsse von Surava und Alvagni erfolgten eindeutig gegen Sinn und Geist und Wortlaut des kantonalen Sprachengesetzes (in kraft seit dem 1. Jan. 2008), gemäss dessen Art. 20 in mehrsprachigen Gemeinden (Surava 30% romanischsprachig, Alvagni 32%) der Unterricht in der angestammten Sprache obligatorisch anzubieten ist¹⁸. Auf die Verhältnisse im obersten Albulatal, in Bergün/Filisur, wird hier nicht näher eingetreten, da sich dort die Verhältnisse häufig verändern; als positiv ist zu vermerken, dass das deutschsprachige Filisur auch das Romanische in der Schule pflegt.

Bivio, die oberste Gemeinde des Oberhalbsteins, wurde im

letzten halben Jahrhundert oft als das einzigartigste Beispiel der Schweiz betrachtet, indem dort drei Sprachen gesprochen und in der Schule gepflegt wurden: Romanisch, Italienisch und Deutsch. Schon im Jahre 2002 wurde aber in der Presse Alarm geschlagen, als eine Elterngruppe den Vorschlag machte, das Deutsche in der Schule in den Vordergrund zu rücken und das Italienische nur als Zweitsprache zu unterrichten; vom Romanischen wurde gar nicht mehr gesprochen. Die sprachliche Zusammensetzung der Gemeinde lautete gemäss Statistik vom Jahr 2000: 49% deutsch, 40% italienisch und 11% romanisch. Diesem Vorstoss war vorläufig kein Erfolg beschieden. Im Jahre 2004 kam es zu einer schulischen Zusammenarbeit der Gemeinden Mulegns, Sur, Marmorera und Bivio, die grundsätzlich die Pflege der angestammten Sprache in den Schulen erlaubte¹⁹. In Bivio droht aber das Romanische ganz zu verschwinden, währenddem das Italienische noch da und dort gesprochen wird. Doch wird auch dessen Schicksal bald besiegelt sein, nachdem Bivo im Jahre 1213 das Deutsche – gesetzwidrig – zur alleinigen Amtssprache erklärt hat (keine Instanz hat dagegen Einspruch erhoben!).

Kultureller Aufschwung und Förderaktionen

Es ist bemerkenswert, dass in einer Zeit, da die Landessprache Romanisch derart in ihrer Existenz bedroht ist, gleichzeitig hervorragende Leistungen auf kulturellem und künstlerischem Gebiet erbracht werden. Diese Tatsache weist auf einen entschiedenen Überlebenswillen grosser Teile der rätoromanischen Bevölkerung hin. Viele Einzelpersonen pflegen ihre Muttersprache bewusst und

unter erschwerten Bedingungen, sei dies im Alltag, im Berufsleben, in den Vereinen, in Gemeinden und Regionen. Kanzlisten und Gemeindevorstände bemühen sich, die einheimische Sprache im amtlichen Verkehr und an Gemeindeversammlungen hochzuhalten. Nicht wenige Gewerbetreibende und Handwerker verwenden die romanische Sprache konsequent in ihrem Geschäftsbereich, in Korrespondenz und Buchhaltung; dabei nehmen sie einen erheblichen Mehraufwand in Kauf, da häufig Methode und Struktur des Vorgehens neu erfunden werden müssen. In diversen Sprachvereinigungen betätigen sich zahlreiche Leute ehrenamtlich zugunsten ihrer Muttersprache. Grosse Verdienste haben zweifellos jene Volksschullehrer(innen), die in den romanischen Gemeinden unter oft schwierigen Bedingungen den Schülern die Romanischkenntnisse beibringen und in die Schönheiten der Literatur einführen. Auch auf kirchlichem Gebiet geben sich einige Pfarr- und Lehrpersonen Mühe, die romanische Sprache zu pflegen.

Eine kulturelle Blütezeit erlebt das Romanische gegenwärtig auf den Gebieten des Gesangs und der Musik, des Volks- und des professionellen Theaters, der Literatur mit dem jährlichen Literaturanlass in Domat-Ems sowie auch in der Filmproduktion. Von der Qualität des kulturellen Schaffens dokumentieren nicht allein die Einschätzung der einheimischen Bevölkerung; auch entfernte Beobachter der Szene geben nicht selten ihrer Bewunderung darüber neidlos Ausdruck. So äusserte sich z.B. ein ehemaliger Zürcher Nationalrat, der 2011 zum dritten Mal (Disentis, Domat-Ems und Ilanz) ein Oberländer Bezirksgesangsfest besucht hatte, u.a. wie folgt über seine Eindrücke: «Ich kenne keine Gegend in unserem so vielgestaltigen Land, in der selbst kleinste Orte mit Chören glänzen können, die nicht nur herzerfrischend singen, sondern auch auf einem verblüffend hohen Niveau, das den Zuhörenden ungeteilte

Achtung abverlangt. Auf diese bemerkenswerten gesanglichen Leistungen darf die rätoromanische Schweiz stolz sein»²⁰. Die Anstrengungen ferner des rätoromanischen Radios und Fernsehens sowie auch der Tageszeitung «La Quotidiana» bei der Vermittlung und Interpretation des kulturellen Schaffens tragen wesentlich zum Selbstbewusstsein der Romanen bei.

Die Lia Rumantscha (LR), Dachorganisation der romanischen Vereinigungen, hat in den 80-er und 90-er Jahren ein Gesamtkonzept zur Spracherhaltung erarbeitet und mit Schwung umgesetzt. In Erinnerung sind die «Scuntradas», periodische dezentral organisierte Begegnungswochen aller Rätoromanen mit reichem kulturellem Angebot, die Förderung des Rumantsch Grischun (RG) als Verständigungsmittel aller Romanen, die Koordination mit Bundesparlamentariern und Grossräten für sprachrechtliche Schritte auf nationaler und kantonaler Ebene²¹. Heute ist die LR leider nicht mehr der Motor der Dynamik bei der Spracherhaltung. In ihrem Bemühen, ihre Dienste an möglichst vielen Fronten anzubieten, liegt die Gefahr der Verzettelung der finanziellen und personellen Ressourcen. Einer ihrer Schwerpunkte ist die regelmässige Durchführung von Sprachkursen für Erwachsene, vor allem für ins romanische Gebiet zugezogene Personen anderer Muttersprache. Mit grossem Einsatz widmet sich eine Schar von kompetenten Lehrpersonen in mehreren Regionen jeweils in den Sommerferien dieser Aufgabe. Es gelingt aber bei weitem nicht, alle Zugezogenen oder hier wohnenden anderer Sprache für diese Kurse zu gewinnen, und leider geben sich zu wenige Romanen die Mühe zu akzeptieren, dass Neuzugezogene und Lernwillige auf Geduld, Verständnis und Hilfe angewiesen sind²².

Zur sprachlichen Integration Zugezogener leisten vor allem auch einfache romanische Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag,

insbesondere jene, die bei jeder Gelegenheit den Dialog suchen und das Romanischsprechen üben. Durch den andauernden Einsatz z.B. der Gemeindepräsidentin von Guarda und ihrer Gehilf(innen)en ist es in dieser Gemeinde gelungen, nicht allein Leute von auswärts zur Niederlassung und Wiederbevölkerung ihrer Ortschaft zu bewegen und damit auch zur Erhaltung der traditionellen Schulsprache beizutragen, sondern auch Neuzugezogene zu positiv zur einheimischen Sprache eingestellten Mitbürgern zu motivieren, die nunmehr wichtige Funktionen in der Gemeinschaft erfüllen. In neuester Zeit geriet die Rätoromania – im Februar 2014 – ganz spontan ins Blickfeld einer internationalen Öffentlichkeit: Dank dem Erfolg ihrer Vertreter an den Olympischen Winterspielen in Sotschi. Eine ganze Reihe von Athleten aus dem romanisch-bündnerischen Gebiet gelangte zu Medaillenrängen, bekannte sich in diversen Interviews offen und ehrlich zu ihrer Muttersprache, machte dadurch weltweit auf diese bekannt und zwar in einem vorbildlichen, offenen, unkomplizierten und bescheidenen Auftreten. Solche «Botschafter» rätoromanischer Sprache und Kultur verdienen es, als solche gebührend anerkannt und gefördert zu werden.

3.

Bedrohungen im Weiterbildungsbereich sowie in Zusammenhang mit Rumantsch Grischun und mit Gebietsreformen

Die romanische Sprache hat in den bündnerischen Berufsschulen und Mittelschulen sowie in den Fachhochschulen und in der Pädagogischen Hochschule (Lehrerausbildung) im allgemeinen einen eher geringen Stellenwert. Einen Fortschritt stellt an der Kantonschule in Chur und an den beiden «privaten Mittelschulen» in Samedan und Ftan die sogenannte zweisprachige Maturität dar: das heisst ein romanisch-deutscher Lehrgang für romanischsprachige Schüler. Die Mittelschule im Kloster Disentis – im romanischen Kerngebiet gelegen – hat sich bis heute konsequent geweigert, diesen Maturatypus einzuführen, der für die Studenten aus der Region einen unschätzbaren Vorteil darstellen würde. In diesem Zusammenhang musste die Kritik der Rektorin, die nach drei Amtsjahren Disentis verliess, an der romanischen Grundschule als eine ziemlich zynische Aussage gewertet werden²³. Da das Gymnasium Disentis, wie die übrigen «privaten Mittelschulen», zu einem grossen Teil finanziell vom Kanton getragen wird, muss die Politik unbedingt auch dort die Einführung der zweisprachigen Maturität durchsetzen. Ähnlich wie die Rektorin von Disentis liess sich auch der damalige Präsident des Dachverbandes des Bündner Tourismus

(«Graubünden Ferien») und kompetenter Direktor einer grossen industriellen Unternehmung im Herbst 2010 zu einer unseligen Äusserung zur bündnerischen Sprachenpolitik verleiten. Sein Rezept lautete: «Ersetzen Sie Italienisch und Romanisch in Volks- und Mittelschulen durch Englisch». Seine Begründung: Die beiden Minderheitensprachen seien Folklore und in der Wirtschafts- und Berufswelt irrelevant oder sogar ein Bremsklotz. In den Medien kam es hierauf zu einem Sturm der Entrüstung und zu einer Widerlegung der Behauptungen des Tourismuspräsidenten, der seinerseits sich gezwungen sah, seine Aussagen zu relativieren oder teils zurückzuziehen. Öffentlich zu diesem Angriff äusserten sich speziell die beiden Präsidenten der Lia Rumantscha und der Pro Grigioni Italiano, letzterer mit äusserst klaren Worten, in denen er z.B. den Touristiker einen «Brandstifter» nannte²⁴. Der Fall hatte einige Diskussionen zur Folge, darunter auch an einer «Festa da convivenza» im Oktober in Cazis, an welcher die Teilnehmenden daran erinnert wurden, dass die Angehörigen der bündnerischen Minderheitensprachen «Menschen sind und nicht Wertschöpfung»²⁵. Die «Convivenza-Tagung» war ein Versuch der Sprachorganisationen, Leute aller drei bündnerischen Amtssprachen zu Gesprächen zusammenzubringen und die Frage zu klären: «Wie leben die Bündner Kulturen in unserem Kanton zusammen»? Ob die Tagung ihren Zweck erfüllte, ist eine offene Frage. Wenn die wiederholten hehren Deklamationen und Bekenntnisse zur Dreisprachigkeit im Kanton ehrlich wären, müsste auch die deutschsprachige Mehrheit dabei selber aktiv werden mit konkreten Plänen und Vorschlägen, wie z.B. das Rätoromanische zu retten sei.

Ein Problem der besonderen Art stellte bis vor kurzem die nicht abreissende Diskussion um das Rumantsch Grischun (RG) dar, welche dermassen im Vordergrund stand, dass sie die übrigen, die

wichtigsten Sprachprobleme, in den Hintergrund treten liess. Diese neue einheitliche Schriftsprache, anfänglich als plakative und zum Gebrauch als Amtssprache für den Bund und den Kanton erklärt, ist seit ca. zwölf Jahren, u.a. wegen finanzieller Anreize durch den Kanton, von einer Reihe von Gemeinden als Schulsprache eingeführt worden. Die Gemeindeautonomie auf diesem Gebiet hat damit in einem weiteren Fall zu einem Wirrwarr an Regelungen geführt; der Kanton übte sich in der Zuschauerrolle. Mit dem Beschluss des Grossen Rates von 2003, aus Spargründen nicht mehr Lehrmittel in den traditionellen Sprachidiomen herauszugeben, sondern nur in Rumantsch Grischun, hat der Kanton eine der entscheidendsten Sprachfragen ohne gründliche Diskussion der Auswirkungen und ohne die nötige Abstimmung mit den Gemeinden beschlossen. Die Folge war eine verworrene Situation, die leider durch teilweise populistische Positionsbezüge in den Medien noch verschärft wurde. Diverse Gemeinden, die das Rumantsch Grischun in der Schule eingeführt hatten, machten unterdessen auf Grund ihrer Erfahrungen die Übung wieder rückgängig. Die Lösung dieser vertrackten Lage konnte nur darin bestehen, dass der Grossratsbeschluss revidiert wurde und dass der Kanton einen Kompromiss anbot, der beide Seiten einigermaßen befriedigte: die Anhänger und die Gegner des RG in der Schule. Das kantonale Erziehungsdepartement zeigte sich glücklicherweise kompromissbereit, und die LR ihrerseits schlug mit ihrem «Koexistenzmodell» einen Mittelweg vor. Daraufhin wurde vom Grossen Rat eine gangbare Lösung in Zusammenhang mit der Revision des Schulgesetzes angestrebt: Die als obligatorisch bezeichneten Lehrmittel auch in den Idiomen herauszugeben.

Im Kanton Graubünden werden gegenwärtig die politischen Strukturen auf den verschiedenen Ebenen laufend verändert. Die

Absicht des Kantons ist es, die Zahl der gegenwärtig noch ca. 180 Gemeinden erheblich zu reduzieren. Im Moment bestehen daneben noch 39 Kreise, 11 Bezirke und 15 Gemeindeverbände oder Regionalorganisationen. Die vorgesehene Gebietsreform beabsichtigt, dass alle diese drei Gebietskörperschaften aufgelöst und durch zehn neue Regionen ersetzt werden sollen. In dieser Umbruchphase ist es verständlich, dass eine Übersicht über die Einhaltung der sprachlichen Regelungen sehr schwierig ist. Gemäss Sprachengesetz müssten in allen mehrsprachigen Kreisen sämtliche Amtssprachen der darin zusammengeschlossenen Gemeinden Amtssprachen sein; in der Tat aber wird dort das Romanische häufig vernachlässigt. Auch in den Bezirksgerichten wird das Romanische, im Gegensatz zu den Bestimmungen im Sprachengesetz, kaum praktiziert. Die Regional- oder Gemeindeverbände hätten nach Gesetz den Gebrauch der Amts- und gegebenenfalls der Schulsprachen in den Statuten zu regeln und dabei in angemessener Weise die sprachliche Situation der einzelnen Gemeinden zu berücksichtigen. In der Tat wird dieser Bestimmung kaum nachgelebt und zum Teil die angestammte Sprache fast vollständig vernachlässigt. So verhandelt das Parlament der Region Surselva, welche in ihrer grossen Mehrheit romanischsprachige Gemeinden umfasst, in der Regel auf deutsch. Auch der Regionalrat der Region Engiadina bassa, die elf Gemeinden umfasst, führt seine Verhandlungen vorwiegend in deutscher Sprache, aus Rücksicht auf eine einzige deutschsprachige Gemeinde der Talschaft. Auf diese Weise wird das Romanische entwertet; die Ratsmitglieder demonstrieren dem Volke, wie wenig wert sie auf die eigene Sprache legen. Es ist inakzeptabel, dass im Kanton keine Instanz besteht, welche die Einhaltung der gesetzlich fixierten Regeln kontrolliert, einschreitet und Remedur verschafft.

Noch ein Wort zum Problem von Gemeindefusionen: Der Prozess läuft dynamisch weiter: In den meisten Fällen «von unten her», aber mit sogenannter «Begleitung» durch externe Büros oder beauftragte Personen des Kantons. Viele dieser Projekte verlaufen problemlos, vor allem dort, wo sich relativ wenige Gemeinden zusammenschliessen oder wo eine Talschaft mit fünf bis sechs Gemeinden schon eine geschichtlich überlieferte Gemeinschaft bildeten und den gleichen sprachlichen und kulturellen Hintergrund aufweisen. Indessen entstehen da und dort künstliche Projektgebilde, unverhältnismässig in ihrer Grösse und die gewachsenen Strukturen überhaupt nicht mehr berücksichtigend. Dazu gehören vor allem drei Fusionskonzepte in der mittleren Surselva, welche ein beträchtliches sprachliches Zerstörungspotential enthalten. Erstens soll sich hier nach Meinung von kantonalen «Machern» die vor kurzem aus Flond und Surcuolm gebildete Gemeinde Mundaun mit Obersaxen vereinigen; zweitens wurde der Kreis Rueun auseinandergerissen, indem die beiden Gemeinden Andiastr und Waltensburg an Breil/Brigels angebunden werden sollten (was inzwischen Waltensburg ablehnte); die übrigen drei Gemeinden (Pigniu, Rueun und Siat) fusionierten 2012 mit Ilanz/Glion; drittens setzt sich dieses Ilanz/Glion aus neun Gemeinden der Foppa/Gruob und den drei genannten aus dem Kreis Rueun sowie der Gemeinde Duvin aus dem Kreis Lugnez zusammen und bildet damit die grösste Gemeindefusion des Kantons: Ein künstliches Gebilde, das die bisherigen gewachsenen Strukturen grösstenteils nicht beachtet und eine unnötige sprachübergreifende Konstellation geschaffen hat. Ein zweckdienlicher und einfacher Lösungsvorschlag, nämlich die fünf romanischsprachigen Gemeinden des Kreises Rueun zu einer rein romanischen Gemeinde zusammenzuschliessen, wurde in den Wind geschlagen.

Die Sprachenfrage führte in der Folge in den Medien zu heftigen Diskussionen. Im Falle von Mundaun-Obersaxen dürfte sich eine sogenannte mehrsprachige fusionierte Gemeinde abzeichnen, in welcher theoretisch das Romanische gepflegt würde; in der Praxis könnte sich indessen ziemlich bald das Ende dieser Sprache abzeichnen. Bei Ilanz/Glion ist die entscheidende Frage, was tatsächlich aus den zwölf bisherigen romanischen Gemeinden geschieht (Duvin, Pitasch, Riein, Sevgein, Castrisch, Luven, Schnaus, Rueun, Pigniu, Siat, Ruschein und Ladir). Gemäss Fusionsstatut und neuer Gemeindeverfassung ist die Grossgemeinde eine zweisprachige Gemeinde deutsch-romanisch; die Bestrebungen, den Namen der Gemeinde mit «Glion/Ilanz» (dementsprechend zweisprachig: romanisch/deutsch) zu bezeichnen, hatten keinen Erfolg. Die derart angestrebte Fusion bezeichnete der Zürcher Professor Martin Killias in den Medien als ein riesiges Germanisierungsprojekt! Solche berechtigte Warnungen nützten nichts, das Projekt wurde durchgezogen, und die neue Gemeinde ist seit Beginn 2014 Wirklichkeit. Ihre Zustimmung zur Verfassung aus sprachlicher Hinsicht hatten im Prinzip die LR und die regionale romanische Vereinigung erteilt²⁶. Was bedeutet dies für das Romanische? Im ganzen traditionellen romanischen Einzugsgebiet gibt es auf einmal zwölf Gemeinden weniger. In diesen (ehemaligen) Gemeinden ist das Romanische als Sprache der Gemeindeversammlung verschwunden und büsst es auch als Verkehrssprache an Bedeutung ein. Im Gemeindeparlament äussern sich romanische Vertreter mehrheitlich auf deutsch. Was die Schulen anbelangt, verspricht das Projekt den status quo. In der Praxis wird es wohl zu Zusammenschlüssen und zur Zentralisierung von Schulstufen und -klassen führen. Das kantonale Sprachengesetz hält fest, dass bei der Festlegung des prozentualen Anteils der Angehörigen einer Sprachgemeinschaft auf die

Gesamtzahl der Wohnbevölkerung der neu geschaffenen Gemeinde abgestellt wird. Demnach würde die fusionierte Gemeinde Ilanz/Glion einen Anteil von etwa 63,5% romanischer Bevölkerung aufweisen und hätte deshalb eindeutig eine einsprachig romanische Gemeinde sein sollen! Entschieden worden ist hier anders: zulasten der bedrohten Landessprache. Zu befürchten ist, dass die am 2. März 2014 im Grundsatz beschlossene Fusion von sieben Gemeinden des Albulatales zu einer deutsch-romanischen Gemeinde genau dasselbe Schicksal wie Ilanz erleiden wird.

4. Romanisch: 75 Jahre Landessprache

In einer Volksabstimmung am 20. Februar 1938 war ein neuer Artikel in der Bundesverfassung klar gutgeheissen worden, wonach neben dem Deutschen, Französischen und Italienischen auch das Romanische als schweizerische Landessprache bezeichnet wurde. Die Lia Rumantscha (LR) nahm den Anlass «Jubiläumsjahr 2013» (75 Jahre romanisch als Landessprache) wahr, eine Reihe von Veranstaltungen anzuvisieren. Tatsächlich gab es ihrer jedoch nicht viele, und im Kern begnügten sich alle entsprechenden Anlässe mit Lobpreisungen auf die damalige Errungenschaft.

Tatsächlich war 1938 ein Jahr eines freudigen Aufbruchs für die Rätoromania gewesen. Die gesamtschweizerische Zustimmung zum neuen Verfassungsartikel betrug 83%; die grösste Zustimmung resultierte im Kanton Genf mit über 99% (10885 zu 113 Stimmen). Beeindruckend war die Unterstützung des Anliegens auch in der übrigen lateinischen Schweiz. – Viele Rätoromanen hatten sich damals in der ganzen Eidgenossenschaft für den Sprachenartikel engagiert, einfache Leute, Juristen, Dichter, Sänger (Sängerinnen) und Politiker. Die grösste Manifestation hatte am 18. Januar 1938 in Genf stattgefunden, wo sich 800 Personen zu einer demonstrativen Kundgebung im Zentralsaal versammelten, die Professoren Pieder Tuor und Piguet-Lansel referierten und der Genfer «Petit Choeur» und die beiden Frauen Clara Durisch und Brida Willi

(an der Orgel Otto Barblan) ergreifende romanische Lieder sangen. Unterstützt durch die Genfer Sektion der Neuen Helvetischen Gesellschaft und durch die «Pro Grischun» empfahl die Versammlung einmütig, ein Ja zugunsten des Romanischen in die Urne zu legen²⁷. Grosse Begeisterung allenthalben!

Die neue Verfassungsbestimmung erlaubte es dem Bund, sich stärker als bisher rhetorisch zum Rätoromanischen zu bekennen und einen bescheidenen finanziellen Beitrag an den Kanton Graubünden und an die LR für deren Einsatz zur Spracherhaltung zu leisten. Konkret zur Abwendung einer bedrohlichen Situation wurde wenig unternommen. 1996 hiess das Schweizer Volk einen neuen Verfassungszusatz zugunsten des Rätoromanischen gut: Dieses wurde nun Teilamtssprache des Bundes; die Kantone mit Sprachminderheiten wurden verpflichtet, Massnahmen zur Erhaltung der «angestammten» Sprache zu ergreifen. Der Kanton Graubünden erliess in der Folge ein Sprachengesetz, in dem aber die eigentliche Verantwortung für den Spracherhalt auf die Gemeinden abgeschoben wurde. So setzte sich der Schwund des Rätoromanischen fort, insbesondere durch die kontinuierliche Schmälerung seines Territoriums, wie in den vorausgegangenen Kapiteln dargelegt.

Das «Jubiläumsjahr 2013» verlief ohne konkrete Ergebnisse; nur am Rande wurde auf die prekäre momentane Entwicklung des Romanischen hingewiesen. Immerhin gelang es der LR und der RTR (Radiotevisiun Svizra Rumantscha), am 11. Dez. 2013 im Bundeshaus in Bern einen gemeinsamen Festanlass mit Bundesparlamentariern zu organisieren und eine Parlamentarische Gruppe «lingua e cultura rumantscha» zu gründen; ob die Mitglieder dieser Institution wirklich zu «romanischen Botschaftern» werden oder ob sie sich nicht vielmehr lediglich mit deklamatorischen Äusserungen begnügen, wird die Zukunft zeigen²⁸.

Der Verfasser dieser Zeilen wies in einem Presseartikel im Dezember 2013 auf die bedeutende Rolle hin, die der ehemalige Bundesrat Felix Calonder – der einzige bisherige romanischsprachige Bundesrat – aus Trin anlässlich einer eindrucklichen Kundgebung der Sprachorganisation Renania in Flims am 27./28. Februar 1938 spielte²⁹. Dieser hatte sich schon bisher wiederholt für den Erhalt seiner Muttersprache eingesetzt. In seiner Festansprache nach dem überwältigenden Resultat der Volksabstimmung rief er die Romanen auf, ihre Sprache gezielt zu pflegen und zu hegen. Nach einer Phase der Vernachlässigung gelte es, den Schwung neuer Schriftsteller, Forscher und Musiker auszunützen und das Rätoromanische in Zukunft mit neuer Energie und Hoffnung zu fördern. – Wie wenig dieser Appell in den folgenden Jahrzehnten beachtet wurde, zeigt sich gerade an der seit etwa fünfzig Jahren währenden sprachlichen Abwärtsentwicklung im engeren Heimatbereich des ehemaligen Bundesrates, in den Gemeinden Trin und Flims!

Es soll hier noch an den «Kassandraruuf» von Giachen Conrad vom April 1919 in der Bündner Presse erinnert werden. Dieser unermüdliche Schamser Kämpfer für seine Muttersprache hatte den Ernst der Situation erfasst: den anhaltenden Schwund des rätoromanischen Territoriums. Sein Mahnruf richtete sich gegen die verbreitete Gleichgültigkeit der Romanen selbst; er sprach vom Defaitismus der Pessimisten und von den Versäumnissen der intellektuellen Schicht, die tatenlos zusehen, wie das romanischsprachige Gebiet widerstandslos in «das riesige Meer des Deutschtums» fällt. Conrad umriss ein Sofortprogramm mit konkreten Vorschlägen und forderte vor allem den Zusammenschluss der Romanischen Sprachvereine zu einem festen Zentralverband³⁰. Sein kräftiger Aufruf hatte einen momentanen Erfolg. Am 26. Oktober 1919 kam es zur Gründung der Lia Rumantscha. Durch die Schaffung dieser

Dachorganisation wurden gewiss neue Aktionen und Dienstleistungen ermöglicht, die hilfreich waren. Allein die von Conrad festgestellte Indifferenz blieb grundsätzlich bis heute bestehen: insbesondere die Gleichgültigkeit der kantonalen Politiker gegenüber dem Phänomen des Rückgangs des rätoromanischen Territoriums, der seit 1919 noch massiv zugenommen hat.

5. Sofortmassnahmen und Minimalprogramm

Aus den vorausgegangenen Ausführungen dürfte klar hervorgehen, dass das Romanische mit Weiterwursteln wie bisher keine Chance des Überlebens hat. Es ist darum höchste Zeit, ein Minimalprogramm an gesetzlichen Vorkehrungen und Massnahmen zu erlassen, das zur Hauptsache eine Herausforderung an den Grossen Rat, die Regierung und an die Lia Rumantscha (LR) bedeutet. Die Eckpunkte eines solchen Programms werden nachfolgend in ihren Grundzügen skizziert, lassen sich aber im Rahmen dieser Darstellung nicht in den Details umschreiben.

a) Der Kanton

Gesetzgebung:

Das Sprachengesetz und das Schulgesetz sind zu verbessern und im Hinblick auf die bündnerischen Minderheitensprachen miteinander auf Grund eines umfassenden Sprachenkonzepts zu koordinieren.

- Das Sprachenkonzept für die Schulen bedarf einer totalen Überarbeitung; es muss die Konkurrenzsituation zwischen Italienisch und Romanisch behoben werden, damit die Fehlentscheide der letzten Jahre einer Anzahl von Gemeinden korrigiert werden

können. Es darf nicht Sinn einer kantonalen Gesetzgebung sein, dass die Förderung der einen Minderheitensprache zulasten der anderen (bedrohten) geht.

- Das Sprachengesetz ist an verschiedenen Stellen klarer zu formulieren. Es muss zunächst das traditionelle romanische Gebiet mit seinen bis vor kurzem noch 120 Gemeinden definieren, und zwar gemäss dem Schema, das in Zusammenhang mit der Auswertung der Volkszählung 2000 im Bericht des Bundesamtes für Statistik («Die aktuelle Lage des Romanischen») dargestellt worden ist. Dieses Territorium könnte in drei Förderungskategorien unterteilt werden: 82 Gemeinden mit romanischer Grundschule, 21 Gemeinden mit deutsch-romanisch oder mit dem immersiven Zweisprachenunterricht und 17 Gemeinden mit deutschem Unterricht. In den ersten beiden Kategorien wäre überall das Romanische (ev. neben dem deutschen) als Amtssprache zu bezeichnen; in der Kategorie drei ist ein Unterricht in Romanisch auf der Oberstufe anzubieten. Dann sollten für alle Modelle des zweisprachigen Unterrichts romanisch-deutsch an der Volksschule die gleichen minimalen Anforderungen festgelegt werden. Ferner muss das Sprachengesetz explizit garantieren, dass durch Gemeindefusionen und neue Regionen nicht eine Minderheitensprache ihren bisherigen Status und damit ihre Bedeutung verliert. Im Sprachengesetz ist auch klar die Bevölkerungszahl gemäss der gesprochenen romanischen Sprache als massgebend für die Bestimmung der Schul- und Amtssprachen zu bezeichnen. Der Artikel 27 Übergangsbestimmung ist ersatzlos zu streichen, da er allen Bestrebungen zur Rettung der bedrohten Landessprache zuwiderläuft.
- Das Schulgesetz. Soweit sich neue Sachverhalte bei der Revision der beiden oberwähnten Erlasse ergeben, welche Bestimmungen

des Schulgesetzes tangieren, sind die notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Im Unterrichtsplan der Oberstufe wäre für die deutschen Schulen ein Fach «Rätoromanische Kultur und Sprachgeschichte» wünschbar, um die kulturelle Situation bis zur Neuzeit in früher romanischen Talschaften in Erinnerung zu rufen³¹.

Massnahmen:

Solche drängen sich in vierfacher Hinsicht auf: 1. Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle für Fragen sprachlicher Diskriminierung. 2. Bestimmung einer kantonalen Instanz zur Beobachtung der Einhaltung der Spracherlasse. 3. Sicherstellung des konsequenten Gebrauchs des Romanischen und Italienischen in der kantonalen Verwaltung. 4. Einführung der zweisprachigen Matura an allen (privaten/subventionierten) Mittelschulen im traditionellen Sprachgebiet³².

b) Die Lia Rumantscha (LR)

Als Dachorganisation der romanischen Vereinigungen muss sich die LR vermehrt – in Fortsetzung der Strategien der 1980er und 1990er Jahre – auf die Hauptaufgaben der Verteidigung und Stärkung der Sprache konzentrieren und nicht in allen möglichen kulturellen Sparten präsent sein wollen. Als Schwerpunkte einer Neuausrichtung sind zu realisieren:

- Einrichtung einer strategischen Kommission (Konsultativrat) für sämtliche wichtigen Fragen der romanischen Sprachpolitik. Es soll dieses Organ unabhängige Personen aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Schule und Wirtschaft aus der ganzen Schweiz umfassen. Ihm steht eine Person der LR als Sekretär(in)

zur Verfügung, und es kann Experten zu Anhörungen einladen. Dieser Konsultativrat erarbeitet periodisch Berichte, in denen er über die Entwicklung der romanischen Sprache und über seine Empfehlungen an die LR oder an den Kanton Auskunft gibt; er teilt seine Beurteilungen auch der Öffentlichkeit mit.

- Verstärkung und Optimierung der regionalen Sprachförderungs-zentren der LR.
- Auftritt der LR als klare Vertreterin der Interessen der Rumantschia und nicht beliebiger weiterer Kreise.
- Aufbau eines Frühwarnsystems. Die LR bestimmt ein Netz von Beobachtern im ganzen traditionellen romanischen Sprachgebiet, welche laufend die Entwicklung der Sprachpolitik in den Gemeinden und Regionen, in der Wirtschaft und in den Vereinen registriert und sich abzeichnende negative Trends sofort an den Vorstand der LR, an den Konsultativrat und an den Kanton meldet.
- Eingabe an den Bund. Die LR bereitet eine auf einem klaren Konzept beruhende und begründete Eingabe an den Bund für eine angemessene finanzielle Unterstützung vor. Darin soll sie aufzeigen, welche vermehrten Aufgaben die regionalen Mitarbeiterzentren inskünftig zu bewältigen haben, wenn sie dem Rückgang des Romanischen mit Erfolg begegnen sollen; dies muss auf Grund von neu zu erlassenden Leistungsaufträgen klar begründet werden. – Die heutige finanzielle Hilfe von Bund und Kanton an die Rätoromania ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Um eine in ihrer Existenz bedrohte Landessprache, die über kein sprachliches Hinterland verfügt und viele Hilfsmittel, wie z.B. Wörterbücher, aus eigener Kraft schaffen muss, zu retten, braucht es ganz andere Beträge als bisher. In einer solchen Eingabe an den Bund ist endlich vom ungerechtfertigten

Parallelismus zum Italienischen abzuweichen. Das italienisch-bündnerische Sprachgebiet soll weiterhin in den Genuss einer angemessenen Unterstützung kommen, bedarf aber als allenfalls gefährdete, aber keineswegs bedrohte Landessprache, nicht eines gleichen verhältnismässigen Anstiegs wie das Rätoromanische, das um sein Überleben kämpfen muss³³.

5. Appell an alle Befürworter einer viersprachigen Schweiz

In der Regionalzeitung «Südostschweiz» beleuchteten vom 18. bis zum 25. Juni 2011 sechs Personen den aktuellen Zustand des Rätoromanischen aus je verschiedener Warte (siehe Presseartikel zum Zustand des Rätoromanischen im Anhang). Fazit aus diesen Stellungnahmen ist, dass die Situation «ernster ist denn je» und dass sich dringend neue Massnahmen aufdrängen, um das Romanische vor seinem Untergang zu retten. Wie weit die Allgemeinheit diese Einschätzung teilt und sich für die Fragestellung interessiert, lässt sich schwer abschätzen. Aus einer Reihe von Reaktionen, welche bei den Autoren eintrafen, sprach sich zwar grosse Sorge aus, aber von Seiten der Politiker herrschte betretenes Schweigen und kündigten sich kaum Signale eines beherzten Handelns an.

Diese Haltung stimmt weitgehend überein mit dem geringen Echo, das ein aufrüttelndes Buch eines westschweizerischen Journalisten 2010 gehabt hat: Es handelt sich um die Publikation von José Ribeaud «La Suisse plurilingue se décline» (vom Niedergang der viersprachigen Schweiz). Ribeaud fragt sich zunächst, ob in der Schweiz mit ihren vier in der Bundesverfassung verankerten Landessprachen die drei Minderheitensprachen tatsächlich auch geübt und geschützt werden. Er kommt in seiner Analyse zum Schluss, dass die Deutschschweizer durch ihren gesteigerten Hang zum Englischen und zum Dialektgebrauch im Verkehr mit Anderssprachigen

die französische Sprache immer mehr an den Tischrand verdrängen, dem Italienischen wenig Beachtung schenken und dem Romanischen ein paar Krümeln überlassen. Auf über zwanzig Seiten befasst sich Ribeaud auch mit dem Rätoromanischen: Die Latinität dieser Sprache werde oft von den deutschen Nachbarn und selbst etwa von den lateinischen Vettern ignoriert; dabei dürften sich die Rätoromanen rühmen, das älteste Volk des alpinen Bogens zu sein. Ihre Sprache sei leider aber die am wenigsten bekannte und in ihrer Existenz bedrohte lateinische Minderheit. Sollte sie aussterben, wäre es aus mit der schweizerischen Einzigartigkeit, die darin bestehe, dass die Schweiz auf engem Raum die originellste repräsentative Synthese darstelle, die reichste im Rahmen des kulturellen und historischen Erbes Europas.

Europa hat denn auch sehr wohl die Bedeutung der kleinsten Sprachgemeinschaft der Schweiz erkannt und gewürdigt. Die Konvention des Europarates «Charta der Regional- oder Minderheitensprachen», 1997 vom schweizerischen Parlament ratifiziert, beinhaltet auch den Schutz des Rätoromanischen im Rahmen der kulturellen Vielfalt und Identität Europas. Als Unterzeichnerstaat verpflichtete sich die Schweiz darin, alle notwendigen Massnahmen zur Erhaltung dieser Sprache zu unternehmen. Periodisch erscheinen europäische Parlamentarier und Sprachexperten im Lande, prüfen den Stand der Dinge und geben in ihren Berichten Empfehlungen über die zu ergreifenden Massnahmen ab. Leider bleibt vieles davon bare Makulatur und Schönfärberei, da der Bericht in vielen Fällen nichts anders als die Meinung von kantonalen Amtsstellen wiedergibt. So ist die Sprachencharta in deklamatorischer Hinsicht ein edles Vorhaben, zur Bewältigung der echten Minderheitenprobleme in der Praxis vermag sie indessen wenig beizutragen³⁴.

Da und dort wird etwa die Frage aufgeworfen, ob es nicht ein Naturgesetz sei, dass Kleinsprachen verschwinden. Dieser Frage könnte man zustimmen mit Sicht auf das Schicksal von vielen Kleinsprachen weltweit, von denen einzelne jährlich absterben, weil für sie zumeist kein rechtlicher Schutz ausgebildet ist. Dass dies aber auch im Herzstück Europas, einem Naturgesetz folgend, geschehen sollte, ist keineswegs zwingend. Im Gegenteil wäre es eine traurige Erscheinung, wenn dies in einem derart entwickelten Staatswesen wie die Schweiz wahr würde. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, dies zu verhindern und sich nicht nur passiv zur Mehrsprachigkeit zu bekennen, sondern aktiv an Lösungen mitzuarbeiten und im speziellen die Romanen in ihren Bemühungen zu unterstützen. Denn sie sollten nicht aus den Augen lassen, welchen Verlust es für die sogenannte Willensnation Schweiz bedeutete, wenn das Rätoromanische verschwände: Die Schweiz ohne die Viersprachigkeit und Graubünden ohne seine Dreisprachigkeit gingen ihrer Sonderstellung mit Blick auf ein gut funktionierendes Zusammenleben von Angehörigen von vier bzw. drei Sprachregionen endgültig verlustig. Noch ist es nicht soweit. Aber es braucht von allen Seiten den echten Willen zur Erhaltung eines wertvollen geschichtlichen Erbes, und dies setzte vor allem den Einsatz zur Realisierung des hier skizzierten dringlichen Aktionsprogramms voraus³⁵.

Anmerkungen

- ¹ Sprachlandschaften in der Schweiz. Vertiefungsanalyse Volkszählung 2000. Hg. von Georges Lüdi und Iwar Werlen. Bern 2005.
- ² Die aktuelle Lage des Romanischen. Analyse der eidgenössischen Volkszählung 2000. Autor: Jean Jacques Furer. Hg. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel, Dez. 2005. Vgl. die Feststellung S. 11: «Für das Romanische hätten vor 200 Jahren Fragen nach der Muttersprache oder Familiensprache alle eine vergleichbare Verbreitung ergeben. Die 1990 eingeführte Frage zum Sprachgebrauch offenbart, dass dies nicht mehr so ist. Das Romanische ist zwar verbreiteter, als dies mit dem Kriterium der best-beherrschten Sprache erscheint, doch ist es bei seinen Sprechern viel schlechter verankert und von anderen Sprachen stärker konkurrenziert als damals».
- ³ Ebenda, S. 24.
- ⁴ Ebenda, S. 59.
- ⁵ Diese Zusammenstellung basiert auf den Resultaten der Volkszählung 2000 und berücksichtigt die seitdem eingetretenen Veränderungen mangels Unterlagen nicht mehr.
- ⁶ Manifest zur Lage des Rätoromanischen. Aufruf über das Internet und in den Massenmedien im Frühjahr 2002 einer Initiativgruppe bestehend aus: Giusep Nay, Bundesrichter, Lausanne; Annaleta Semadeni, Gemeindepräsidentin, Andeer; Chasper Pult, Kantonsschullehrer, Paspels; Rita Cathomas, Publizistin, Chur; Martin Bundi, a. Nationalrat, Chur.
- ⁷ Bundi, Martin. Memorandum. Zum Schicksal der rätoromanischen Sprache an der Wende des 20. zum 21. Jahrhundert. Unterstützt von den vier Mitverfassern des «Manifest» von 2002. Chur 2004. Neu als Broschüre zusammengestellt von der Lia Rumantscha 2006. Je ein Exemplar im Staatsarchiv und in der Kantonsbibliothek Graubünden.
- ⁸ Die aktuelle Lage des Romanischen. S. 77. Furer stellte noch fest: «In Anbetracht der Tatsache, dass Flims als explizit «romanischer Ort» 2006 Sessionsort der eidgenössischen Räte sein soll, kann man sich fragen, ob eine solche Selbsteinschätzung genügt». Die Schülerzahlen für das Schuljahr 2011/2012 betreffend Wahlpflichtfach nach der dritten Klasse stammen von der Flimser Schuldirektion.

- ⁹ Vom reichen romanischen kulturellen Hintergrund von Flims gibt das 1961 herausgegebene hervorragende Flimser Heimatbuch *Zeugnis: Anliker, Hermann*. Flims. Schweizer Heimatbücher. Bern 1961. Eine reichhaltige Quelle ist die im Anhang beigegebene Flurnamenkarte.
- ¹⁰ Es handelte sich um Toni Cantieni, dem späteren Nationalrat, und um den Schreiber dieser Zeilen.
- ¹¹ Beschluss der Bündner Regierung vom 25. Mai 2010. - Vgl. auch Memorandum, S. 23.
- ¹² Vgl. Andrea Urech. Was hält die zweisprachigen Schulen am Leben? In: *Südostschweiz* vom 24. Juni 2011.
- ¹³ Gemäss den Ausführungen des Bürgergemeindepräsidenten von Domat-Ems, Theo Haas, anlässlich der Generalversammlung der CRR (Cumünanza Radio e Televisiun Rumantscha) vom 20. Mai 2011 in Domat-Ems.
- ¹⁴ In Präz, wo frühere Lehrer und der Schreibende den Romanischunterricht mit surselvischen Lehrmitteln betrieben, wurde um 1953 das Sutselvische vorgeschrieben, das alsdann durch die eifrige Romanischförderin, insbesondere der «scoletta», Anna Capadrutt, erteilt wurde. Noch 1954 konnte in Präz mit der ganzen Schülerschaft im gemeinsamen Vorgehen zwischen Anna Capadrutt und dem Schreibenden das romanische Kindertheaterstück «Sibilla» von Gian Fontana mit Musik von Tumasch Dolf unter grosser Teilnahme der Bevölkerung aufgeführt werden. Bis in die jüngste Vergangenheit bemühte sich der Lehrer Jakob Frigg, Romanisch an den Präzer Schulen zu vermitteln.
- ¹⁵ Vgl. Memorandum, S. 10/11.
- ¹⁶ Nach Angaben von Barbara Riedhauser, regionale Mitarbeiterin der LR, vom 22. März 2011. Zum Zustand des Romanischen im Schams vermittelt eine Seminararbeit von drei Studenten der Pädagogischen Fachhochschule Graubünden von 2011 ein anschauliches Bild: «Il rumantsch en il mintgadi dals scholars e da las scholaras da las 4 e 5avlas classes da Donat ed Andeer». Das Fazit hinterlässt bei den Autoren einen bitteren Nachgeschmack. Die meisten erwachsenen Personen in den beiden Talgemeinden Andeer und Zillis beweisen kein Verständnis für den Erhalt der romanischen Sprache, und folgerichtig zeigen deren Kinder in den Schulen auch wenig Interesse daran, da das Erlernen derselben als unnützlich betrachtet wird. Es ist also die Geisteshaltung hier ausschlaggebend. Ferner weisen die Autoren auch daraufhin, dass dort, wo in den unteren Klassen noch romanisch gelehrt wurde, das Verständnis bei den Schülern grösser ist als dort, wo überhaupt kein Romanisch mehr vermittelt wird; auch plädieren die Autoren für eine unbedingte Präsenz des Rätoromanischen im Stundenplan der Oberstufe der Volksschule.

- ¹⁷ Bündner Tagblatt, 10.4.2006. – La Quotidiana, 11.4. 2006. Gemeindeverfassung von Vaz/Obervaz von 1982 mit Revisionen bis 2006. Art. 4. Wie es mit dem Romanischen im Vazer Alltag etwa aussieht, lässt sich z.B. ermessen am «Pfarrblatt – Figl Parocial – Katholische Kirchgemeinde Vaz/Obervaz» vom Juni 2013; ausser «Figl Parochial» findet sich im 12-seitigen Text kein einziges weiteres romanisches Wort.
- ¹⁸ La Quotidiana, 7.12.2009. Der betreffende Regierungsrat soll an der fraglichen Gemeindeversammlung in Surava dabei gewesen sein, doch kein Wort zugunsten des Romanischen eingelegt haben. Grenzte es denn nicht an Heuchelei, wenn er in seiner staatsmännischen Rede des Jubiläumsjahres 200 Jahre Kanton Graubünden 2003 geäußert hatte: «Entgegen allen Unkenrufen sind unsere romanischen Idiome in ihrer Vielfalt ungebrochen. Wir tun viel für unsere Sprachenvielfalt, weil diese zu uns gehört und uns bereichert». Vgl. Memorandum, S. 14. Vgl. Rapport annual 2009 Lia Rumantscha, S. 26: «Observera igl svilup digl rumantsch an scola. Chegl succeda tant an Sutselva scu er an Val Alvra». Im Bericht des Bundes von 2012 über die Umsetzung der Europäischen Sprachencharta figuriert eine irreführende Meldung: Surava und Alvaneu hätten den Amtssprachenwechsel von der romanischen zur deutschsprachigen Gemeinde bereits vor Inkrafttreten des kantonalen Sprachengesetzes vollzogen. Tatsache ist, dass das entsprechende Gesetz am 1. Jan. 2008 in kraft getreten ist und die beiden Beschlüsse über die Verbannung des Romanischen aus der Schule im Herbst 2009 erfolgten. Vgl. Schweiz. Eidgenossenschaft. Hg. Dritter Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten. Januar 2012. S. 66.
- ¹⁹ Tages Anzeiger, 11. Mai 2002. Die Sprachinsel steht vor dem Ende. Memorandum, S. 27.
- ²⁰ Oester, Hans. Fiasta da cant Glion 2011. Artikel erschienen zwischen dem 31. Mai und dem 3. Juni in der Südostschweiz und in der La Quotidiana.
- ²¹ Vgl. zur Dringlichkeit von sprachpolitischen Schutzmassnahmen die Publikation von: Baur, Arthur. Allegra genügt nicht! Rätoromanisch als Herausforderung für die Schweiz. Chur 1996.
- ²² Vgl. zu diesen Ausführungen: Memorandum, S. 6, Leistungsausweis der Rätoromanen. Ferner hat in einer kleinen Broschüre die LR 2010 in Zusammenarbeit mit Interessierten aus der Region der Sutselva ein Aktionsprogramm entworfen: Rumantsch an Sutselva. Program 2010–2015. Lia Rumantscha 2010. Als kontraproduktives Unterfangen der LR muss indessen ihre Publikation von 2012 bezeichnet werden: «Andeer. Von Acla bis Zwölfhörn», eine vom Institut DRG verfasste, von A bis Z deutsch geschriebene Analyse der Schamser Orts- und Flurnamen; es ist nicht Aufgabe der LR, deutsche Schriften zu verbreiten.

- ²³ Gerade die Rektorin, Geneviève Appenzeller-Combe, die gemäss ihrer persönlichen Aussage, in drei Jahren ein «bisschen Romanisch gelernt» habe, weigerte sich hartnäckig, die zweisprachige Matur deutsch-romanisch einzuführen, verlangte aber andererseits, dass die noch ausgezeichnet funktionierenden romanischen Grundschulen zugunsten von zweisprachigen aufgegeben werden müssten. Vgl. Bündner Tagblatt vom 29. Juni 2011. Inzwischen hat die Bündner Regierung gemäss Pressemitteilung vom 11. Juli 2014 gegenüber den Gymnasien Disentis und Zuoz die Genehmigung erteilt, eine zweisprachige Matur deutsch-englisch zu führen: Damit ist dem Romanischen ein weiterer Dolchstoss versetzt worden.
- ²⁴ Vgl. Die Südostschweiz, 20. Okt. 2010. Romanen-Kritiker Andreas Wieland wird für Regierung zum Thema. Kritik von Vincent Augustin, Präsident der LR. Tages-Anzeiger vom 21. Okt. 2010. Andreas Wieland am politischen Pranger.
- ²⁵ Vgl. Die Südostschweiz, 17. Okt. 2010. «Friedliches Nebeneinander der Sprachen genügt nicht». – Die Südostschweiz, 18. Okt. 2010. «Wir sind Menschen, wir sind nicht Wertschöpfung». Die Südostschweiz, 23. Okt. 2010. Interview mit Sacha Zala, dem Präsidenten der Pro Griogioni Italiano.
- ²⁶ Vgl. La Quotidiana 11. 9. 2013: «SR e LR da princip cuntentas cun la constituiziun da Glion». Vgl. Südostschweiz vom 21. 7. 2011: «Ilanz plus» wird zum Prüfstein. Drei Professoren erkennen Gefahren für das Romanische.
- ²⁷ Vgl. La Casa Paterna, nr. 4. 27 da schaner 1938. «Pil quart lungatg naziunal svizzer». La Casa Paterna, nr. 8. 24 fevrer 1938. «Fiasta della Renania a Flem» e nr. 11, 17 de mars 1938 «La Renania a Flem»: Plaid da cusseglier federal dr. Felix Calonder».
- ²⁸ Vgl. Accents nr. 1 mars 2014 (Informationsmagazin von Radiotalevisiun Svizra Rumantscha, Cuira). Am 11. Dez. 2013 hatten die Lia Rumantscha (LR) und Radiotelevisiun Svizra Rumantscha (RTR) das eidgenössische Parlament und die Bundesverwaltung in Bern zu einem gemeinsamen Festanlass eingeladen; an diesem Tag war auch als neue parlamentarische Vereinigung die «Lingua e cultura rumantscha» gegründet worden. Eine auserlesene Schar von Romanen war dazu bestimmt worden, als romanische «Botschafter» mit den Eingeladenen Kontakte zu knüpfen. Nebst musikalischen und filmischen Einlagen dankten Vertreter von LR und RTR dem Parlament und dem Amt für Kultur für die 75 Jahre romanisch als Landessprache! - Im Bericht über diesen Anlass wurde eingangs die Frage gestellt, ob dereinst dieses Treffen als «historischer Tag» der rätoromanischen Schweiz wahrgenommen werde. Dies dürfte wohl nur zutreffen, wenn es der LR gelänge, im Rahmen ihrer «längerfristigen Strategie» die Bundespolitiker mit konkreten Vorschlägen für politische Vorstösse zu motivieren.

- ²⁹ La Quotidiana, 11 da dec. 2013. Martin Bundi: Cusseglie federal Felix Calonder a Flem avon 75 onns.
- ³⁰ Vgl. Romanisches. Kassandrastimmen vom Hinterrhein. Von Giachen Conrad. In: Neue Bündner Zeitung Nr. 90/91 vom 16. April 1919. Conrad wurde denn auch der erste Präsident der LR von 1919-1945.
- ³¹ Zur Veranschaulichung, wie Einwohner Fakten ihrer Vergangenheit einschätzen, sei hier auf zwei Beispiele aus der Flurnamenkunde verwiesen, Beispiele, die vom früheren besten Kenner dieser Materie, Herausgeber des Rätischen Namenbuches und ausgewiesenen Romanisten, Andrea Schorta, überliefert wurden. Im Prättigau, das teils noch bis zum 16. Jahrhundert romanischsprachig war, gibt es in Seewis eine Flurbezeichnung «Tannafreida». Die Leute der Umgebung, welche in Erfahrung gebracht hatten, dass «freida» romanisch «kalt» bedeute, erklärten den Flurnamen hierauf als den Ort der «kalten Tanne»; erwiesen ist klar, dass das Wort aus «fontana freida» (kalte Quelle, kalter Brunnen) abgeleitet ist. Ebenso volksetymologisch versuchten es Nachbarn von Küblis, den dortigen Flurnamen «Fröschenei» als Ort der Froscheier zu erklären. Tatsächlich entstammt der Name der lat. Wurzel «fraxinus», romanisch «Fraissen» (Esche), mit der Ableitung -etu, und bedeutet Ort der Eschenbäume. Würden es derartige Erfahrungen nicht rechtfertigen, in solchen Regionen durch ein spezielles Heimatkundefach etwas mehr Verständnis für die eigene Vergangenheit und für das eigene einstige Rätoromanisch zu wecken? Denn bei Entscheiden über das Romanische, wie z.B. bei dem aus Küblis stammenden Referendum gegen das Sprachengesetz, signalisierte die Mehrheit der Prättigauer jeweils eine unverständliche Abneigung.
- ³² Auch die romanische Grossratsfraktion ihrerseits benötigte eine bessere Infrastruktur, um ihre Arbeit zielgerecht ausführen zu können: Ein eigenes, vom Kanton unterstütztes Sekretariat, um unabhängig von der LR zu sein; ein konkretes Arbeitsprogramm; ein Koordinationsorgan für die parlamentarischen Vorstösse, damit eine kohärente Sprachpolitik entsteht.
- ³³ Der Verfasser dieser Zeilen hat seit dem Jahre 2003 dem Vorstand der LR wiederholt Vorschläge unterbreitet: Betreffend eine Strategiekommission (Konsultativrat), eine bessere Strukturierung der romanischen Grossratsfraktion, ein mögliches Sprachmodell für das Albulatal, die Randbedingungen für eine neue Eingabe an den Bund usw. – sie wurden zur Kenntnis genommen und verdankt!
- ³⁴ Vgl. Memorandum, S. 26. – Vgl. «Dritter Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Rahmenabkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten», hg. von der Bundesverwaltung, Bern Januar 2012.
- ³⁵ Der Autor der vom Bundesamt für Statistik 2005 herausgegebenen Publikation «Die

aktuelle Lage des Romanischen», Jean Jacques Furer, machte zum Schluss der Studie die folgenden bemerkenswerten Ausführungen zur Frage, ob das Romanische noch eine Überlebenschance habe: «Wenn es der Schweiz und Graubünden, den Schweißern, Bündnern und Romanen gelingt, noch rechtzeitig den Status und die Lage des Romanischen grundsätzlich und gesamthaft zu korrigieren und die eigene, aus Jahrhunderten der Diskriminierung geschaffene und übernommene Haltung gegenüber dem Romanischen zu ändern (sprich zu normalisieren), kann das Romanische durchaus in einem festen, wenn nun auch unvermeidlich stark reduzierten geographischen Gebiet auf unbestimmte Zeit ganz normal und weiter gelebt werden. Bereits die einfache Logik sagt es. Aber auch, so paradox es auf den ersten Blick erscheinen mag, die Tatsache, dass es dem Romanischen zwar sehr schlecht geht, aber je nach Aspekt, Bereich und Region auch unterschiedlich schlecht geht. Hier und dort, nach ersten kleinen Korrekturen seines Status und seiner Lage, geht es dem Romanischen gar etwas weniger schlecht. Das Romanische kann also noch Kräfte freimachen, ist an sich noch lebensfähig, denn momentan gibt es trotz allem noch genug Romanen, die die Sprache ausreichend beherrschen und genügend Lust an und Nutzen von ihr haben.» S. 127/128.

Anhang

Artikelreihe in der «Südostschweiz» vom 18. bis 24. Juni 2011 zur Fragestellung: «Hat Rätoromanisch noch eine Zukunft?»

18. Juni – Pieder Caminada: Dem Rätoromanischen gehts immer schlechter – 55

18. Juni – Martin Bundi: Die Situation ist ernster denn je [Interview] – 55

20. Juni – Giusep Nay: Kantonal fehlt es dem Romanischen an kohärentem Schutz – 61

21. Juni – Gion Tschuor: «Wiar laan ünsch sicher nit romanisiera» – 63

22. Juni – Urezza Famos: Rumantsch muss wirtschaftsfähig werden – 65

23. Juni – Matthias Grünert: Ein Gesetz allein vermag keine Sprache zu retten – 67

24. Juni – Andrea Urech: Was hält die zweisprachigen Schulen am Leben? – 69

25. Juni – Pieder Caminada: Mutig nach vorne spielen – und auf Sieg – 71

Dem Rätoromanischen gehts immer schlechter

Die Rätoromanen sind zu brav und zu wenig kämpferisch. Und deshalb am Niedergang ihrer Muttersprache mitschuldig.

VON PIEDER CAMINADA

Chur. – «Die Situation ist heute ernster denn je»: Das sagt alt Nationalrat Martin Bundi zur aktuellen Lage der vierten Landessprache. Und der Rätoromane Bundi nimmt im Interview mit der «Südostschweiz» auch seine Sprachgenossinnen und Sprachgenossen in die Pflicht. Seiner Meinung nach müssen die Rätoromanen viel offensiver für ihre Sprache kämpfen.

Deutliche Worte richtet Bundi auch an die Lia Rumantscha. Die Dachorganisation der Rätoromanen begnüge sich mit dem Verwalten, statt mit einer auf einem klaren Konzept aufgebauten Eingabe vom Bund mehr Geld für den Erhalt und die Förderung des Rätoromanischen zu fordern.

Das Interview mit Martin Bundi, der als «Vater» des Sprachenartikels in der Bundesverfassung gilt, ist der

Auftakt einer Artikelserie in der «Südostschweiz». Unter dem Titel «Hat Rätoromanisch noch eine Zukunft?» werden nächste Woche täglich Persönlichkeiten die Lage des Rätoromanischen aus persönlicher Sicht beleuchten.

INTERVIEW SEITE 5

INTERVIEW DER WOCHE DIE SÜDOSTSCHWEIZ
SAMSTAG, 18. JUNI 2011, 5

«Die Situation ist ernster denn je»

Seit 15 Jahren gibt es in der Bundesverfassung den Sprachenartikel, und seit fünf Jahren hat Graubünden ein Sprachengesetz. Trotzdem geht es dem Rätoromanischen nicht gut – laut Martin Bundi auch, weil die Romanen zu wenig kämpfen.

MIT MARTIN BUNDI SPRACH PIEDER CAMINADA

Herr Bundi, Sie gelten wegen Ihrer Motion als Vater des 1996 vom Volk angenommenen Sprachenartikels in der Bundesverfassung. Ich würde mal behaupten, Ihr Kind macht Ihnen nicht so richtig Freude. Einverstanden?

Martin Bundi: Grundsätzlich bin

ich mit Ihnen einverstanden. Zwar ist der Sprachenartikel an und für sich eine sehr gute Verfassungsbestimmung zur Förderung der rätoromanischen Sprache. Die Ausführungsgesetzgebung und vor allem die kantonale Gesetzgebung haben aber nicht genügend auf dieser Grundlage aufgebaut. Die Umsetzung ist mangelhaft.

Der Sprachenartikel besagt, dass das Rätoromanische auch Amtssprache des Bundes ist und dass der Bund den Kanton Graubünden beim Erhalt und bei der Förderung des Romanischen und Italienischen unterstützt. Damit allein lässt sich das Rätoromanische nicht retten.

Das ist so. Aber es steht schon noch etwas mehr drin. Es heisst nämlich, dass die «angestammte Sprache» zu schützen ist und dass die Kantone die Amtssprachen bestimmen, also die Gebiete, in denen eine bestimmte Sprache Amtssprache ist. Alle zweisprachigen Kantone der Schweiz haben das getan. Der dreisprachige Kanton Graubünden hingegen hat sich um diese Aufgabe foutiert. Er hat nicht erklärt, was das rätoromanische Sprachgebiet ist. Er hat den Schwarzen Peter einfach an die Gemeinden weitergegeben. Und die Gemeinden sind zuweilen zu schwach, um diese Fragen kompetent allein zu lösen.

Der Bund bezahlt rund 4,5 Millionen Franken pro Jahr, um das Rätoromanische zu erhalten und zu fördern. Das kann nicht genug sein.

Das ist eindeutig zu wenig. Mit einem solchen Betrag lässt sich eine in ihrer Existenz bedrohte Landessprache sicher nicht retten. Das Rätoromanische bekommt nicht wie das Französische oder das Italienische Hilfe vom Ausland, wie zum Beispiel bei der Erarbeitung von Wörterbüchern. Bei den Rätoromanen muss alles aus eigener Kraft gemacht werden. Und damit das in einem genügenden Masse geschehen kann, wären ganz andere Summen nötig.

Dann wird der Bund dem Verfassungsartikel also nicht gerecht?

Das wäre eine verkürzte Erklärung. Wenn die Rätoromanen beziehungsweise die romanische Dachorganisation Lia Rumantscha das Notwendige nicht wünschen, kann man das Problem nicht einfach dem Bund in die Schuhe schieben. Es erstaunt mich, dass die Lia Rumantscha seit vielen Jahren nicht mehr eine neue, auf einem klaren Konzept aufgebaute und begründete Eingabe an die Landesregierung gerichtet hat.

Konkret bekommt die Lia Rumantscha von den 4,5 Millionen weniger als

400 000 Franken pro Jahr. Damit lässt sich, salopp formuliert, nicht einmal eine anständige Beerdigung finanzieren.

Im Rahmen der wenigen Finanzen, die die Lia Rumantscha bekommt, kann sie sich tatsächlich nicht gerade viel leisten. Die Lia muss sich gewissermassen mit dem Verwalten begnügen. Zudem hat sie in den letzten Jahren ihr Personal sehr stark reduzieren müssen. Auf der anderen Seite ist die Lia Rumantscha aber nicht mehr kämpferisch. Sie handelt kaum präventiv und reagiert nicht auf sehr negative Erscheinungen. Das hat mit fehlendem Geld nichts zu tun. Als die Gemeinden Alvaneu und Surava vor eineinhalb Jahren beschlossen haben, das Romanische aus der Primarschule zu verbannen, hat man von der Lia Rumantscha und den Regionalpolitikern fast nichts gehört.

Was sollen die Rätoromanen denn machen: militant werden?

Sie sollen die ihnen verfassungsmässig zustehenden Rechte konkret einfordern und auch ihre Stimmen erheben, wenn Diskriminierungen passieren; dann muss man «die Stimme von unten» hören. Die kantonalen, regionalen und kommunalen Politiker sollten offensiv für die romanische Sprache kämpfen. Es genügt nicht, der

Regierung Fragen zu stellen und sich nachher mit deren Antworten zu begnügen. Man muss auch fordern.

Warum gibt es im ganzen Kanton Graubünden nicht einen einzigen Politiker, der wirkliche Romanenpolitik betreibt?

Offenbar getraut man sich nicht, sich gegenüber der deutschsprachigen Mehrheit klar zu positionieren und die Anliegen mit gesundem Selbstbewusstsein zu vertreten.

Auch in Ihrer Partei, der SP, die sich sonst so gern für die Schwachen stark macht, ist weit und breit keiner zu finden, der sich für das Rätoromanische einsetzt. Ich behaupte jetzt einfach einmal, dass die Romanen politisch nicht relevant sind. Sprich: Man holt sich mit ihnen keine zusätzlichen Stimmen.

Das mag eine Rolle spielen. Aber das wäre dann eine verheerende Einstellung. Indirekt würde das nämlich bedeuten, dass man sich schon eingestanden hat, dass das Rätoromanische nicht mehr zu retten ist.

Auf kantonaler Ebene haben wir seit 2006 das Sprachengesetz – das in der Volksabstimmung allerdings nur ganz knapp angenommen wurde. Was hat das Gesetz den Rätoromanen gebracht?

Bedauerlicherweise praktisch nichts. Denn im Gesetz sind zum Teil so schwammige Bestimmungen enthalten, dass nur wenig herauschaut. Leider hat es der Kanton ganz den Gemeinden überlassen, die Amts- oder die Schulsprache zu bestimmen. Bei der Beratung des Gesetzes hatte noch die Meinung vorgeherrscht, der Kanton müsse dieses Prozedere – zusammen mit den Gemeinden – festlegen.

Doch dann hat man diese Kompetenz fast vollständig den Gemeinden übertragen.

Besonders problematisch ist dies in zweisprachigen Gemeinden. Bei der Frage Deutsch oder Romanisch zieht das Romanische fast immer den Kürzeren.

Bei der deutschsprachigen Mehrheit werden die Rätoromanen heute doch nur noch wahrgenommen, wenn es um die hitzig diskutierte Frage Rumantsch Grischun in der Schule geht.

Es ist schade, dass sich heute die Diskussion fast nur noch um diese Frage dreht. Natürlich ist es eine wichtige Frage. Meines Erachtens war der im Jahre 2003 gefällte Grossratsbeschluss, Lehrmittel nur noch in Rumantsch Grischun statt in den Schriftidiomen herauszugeben, ein grosser Fehler, der korrigiert werden sollte. Ich

bin auch überzeugt, dass zusammen mit Regierungsrat Martin Jäger ein Kompromiss gefunden werden kann, der beide Seiten befriedigen wird.

Das heisst aber, dass die rätoromanische Minderheit im Grossen Rat die deutschsprachige Mehrheit davon überzeugen muss, den Beschluss zurückzunehmen.

Das ist durchaus möglich. Die Fraktion der italienischsprachigen Grossräte ist viel kleiner als die der Rätoromanen, und sie bringt trotzdem praktisch alles durch, weil die Italienischbündner kämpferischer sind. Auch der Präsident der Pro Grigioni Italiano schlägt einen selbstbewussteren Ton an als der Präsident der Lia Rumantscha.

Kommen wir zur sprachlichen Integration von Zuzüglern. Die funktioniert im romanischen Sprachgebiet mehr schlecht als recht, um nicht zu sagen, gar nicht.

Das ist ein Anliegen, das gesetzlich nicht durchgesetzt werden kann, weil wir in der Kantonsverfassung kein Territorialprinzip haben.

Dabei war dieses Territorialprinzip Anfang der Achtzigerjahre ein ganz grosses Thema, aber dann ist es von der Bildfläche verschwunden. Warum?

Das Territorialprinzip hatte damals keine Chance, weil die Diskussion darüber noch nicht weit genug fortgeschritten war. Bei der Totalrevision der Kantonsverfassung und beim kantonalen Sprachengesetz wäre es aber durchaus möglich gewesen, auch die anderen Sprachgruppen davon zu überzeugen, dass nur ein Territorialprinzip dem rätoromanischen Sprachgebiet wirklich helfen kann.

Wie setzt man das Territorialprinzip konkret um? Wo setzt man die Grenzen?

Das ist natürlich auch wieder eine Frage des Willens. Nehmen wir einmal das Parlament der Region Surselva. Von den etwas über 40 Gemeinden der Talschaft sind fast 35 romanische Gemeinden. Und trotzdem debattieren die 25 Mitglieder des Regionalparlaments praktisch nur auf Deutsch. Das ist für mich schwer begreiflich – und eine verpasste Chance.

Was fordern Sie denn von den deutschsprachigen Politikern?

Wenn diese in einem Regionalparlament in einer so klaren Minderheit sind, dann müssten sie die romanische Sprache mindestens verstehen und als Verhandlungssprache akzeptieren. Das wäre Rücksichtnahme auf die «angestammte Sprache», wie es die

Verfassung verlangt. Das sollte auch für den Regionalrat der Engiadina Bassa gelten. Dort gibt es mit Samnau ja nur eine einzige deutschsprachige Gemeinde.

Von fremdsprachigen Ausländern erwartet man in der Schweiz, dass sie sich sprachlich integrieren. Es gibt ja eine Partei, die sogar fordert, die Ausländer müssten eine Landessprache lernen, um überhaupt hier bleiben zu dürfen. Wieweit würden Sie gehen mit Ihrer Forderung nach sprachlicher Integration im romanischen Gebiet?

Das ist eine grosse Diskrepanz. Ausländer, die in die Schweiz kommen, sind verpflichtet, sich sprachlich zu integrieren. Aber Leute, die ins romanischsprachige Gebiet ziehen, müssen das nicht tun. Sie können weiterhin ihre Sprache sprechen, wodurch nicht selten ursprünglich romanische Gemeinden zu deutschsprachigen geworden sind. Weil wir kein Territorialprinzip haben, gibt es keine Pflicht zur Integration.

Wären Sie denn für einen Zwang?

Nein, weil das wahrscheinlich nichts bringen würde. Aber man kann auf indirektem Weg sehr wohl einiges tun: die Leute motivieren und unterstützen.

Sie sind ja Historiker. Wie lange kann sich das Romanische noch halten?

Ich möchte mich hüten, eine Prognose abzugeben. Aber die Situation ist heute ernster denn je. Gerade erst kürzlich habe ich von einem älteren Bekannten gehört, er fürchte, dass das romanische Gebiet implodiere. Und «implodieren» heisst, unter äusserem Druck zusammenbrechen. Gleichzeitig habe ich von zwei 19-Jährigen eine Diplomarbeit über die sozioökonomischen Verhältnisse in einer mittelgrossen romanischen Gemeinde gelesen. Und die sagen in Bezug auf die Sprache wörtlich: «Wir sind überzeugt, dass die romanische Sprache nach und nach von der deutschen Sprache verdrängt wird.»

Ist es aber nicht ein «Naturgesetz», dass Kleinsprachen nach und nach verschwinden?

Das werden wir sehen. In einem stark entwickelten Staatswesen, wo man auf die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft zurückgreifen kann, muss es nicht so sein. Da gäbe es genug Möglichkeiten, dieser Tendenz entgegenzuwirken. Erst recht, weil das Rätoromanische in kultureller Hinsicht einen bisher kaum gekannten Aufschwung erlebt. Im Übrigen müssten sich alle Bürger bewusst sein, was es bedeuten würde, wenn das

Romanische verschwände: Es gäbe keine bündnerische Dreisprachigkeit mehr, und damit ginge ein Aushängeschild und ein Markenzeichen der Wilensnation Schweiz verloren.

Martin Bundi ...

... sass von 1975 bis 1995 für die SP Graubünden im Nationalrat, den er im Amtsjahr 1985/86 auch präsidierte. 1985 reichte Bundi im Parlament eine Motion ein, die den Schutz und die Stärkung der Minderheitensprachen zum Ziel hatte. Die Forderung seiner Motion floss 1996 in den Sprachenartikel der Bundesverfassung ein.

In einer Artikelserie beleuchtet die «Südostschweiz» die aktuelle Situation des Rätoromanischen. Den Auftakt zu dieser Serie macht das heutige Interview mit Martin Bundi. Von Montag bis Freitag nächster Woche werden sich dann eine Autorin und vier Autoren aus persönlicher Sicht zu einem Romanenthema äussern. (pica)

Kantonal fehlt es dem Romanischen an kohärentem Schutz

VON GIUSEP NAY*

Der Kanton Graubünden tritt nur selten als engagierter Anhänger des Rätoromanischen auf. Und manchmal setzt sich der Grosse Rat sogar über die Sprachenfreiheit der Rätoromanen hinweg.

In der Bundesverfassung haben wir hehre Grundsätze zum Schutz des Rätoromanischen als Landessprache. Das Bestehen von vier Landessprachen wird gleich am Anfang zusammen mit den weiteren wichtigen Grundlagen unseres Staates angeführt. Im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache ist auch das Rätoromanische Amtssprache des Bundes. Um das Einvernehmen zwischen den Sprachgemeinschaften zu wahren, gilt ein relatives Territorialprinzip; das heisst, die Kantone haben auf die herkömmliche sprachliche Zusammensetzung der Gebiete zu achten und Rücksicht auf die angestammten sprachlichen Minderheiten zu nehmen.

Gleichwertig statt gleichberechtigt

Auch der Kanton Graubünden steht rechtlich grundsätzlich positiv zum Rätoromanischen. Doch ist das bereits in weniger klarer Weise der Fall, weil sich der Grosse Rat nicht dazu durchringen konnte, in der Kantonsverfassung das Deutsche, das Rätoromanische und das Italienische als gleichberechtigte Landes- und Amtssprachen zu bezeichnen, sondern nur als gleichwertige. Das ist eine schöne, aber zu nichts wirklich verpflichtende Anerkennung. Und so geht es im Sprachenartikel der Kantonsverfassung weiter: Kanton und Gemeinden fördern die rätoromanische Sprache, aber ausdrücklich haben nur die Gemeinden und die Kreise das ausschlaggebende Territorialprinzip zu beachten, wenn es auch leider ein bloss abgeschwächtes ist.

Knappes Ja zum Sprachengesetz

Der Kanton hat dann allerdings trotzdem in einem Sprachengesetz insbesondere wichtige Grundsätze für die Bestimmung der Amts- und Schulsprachen festgelegt, wofür jedoch die Gemeinden und Kreise zuständig sind. So ist in Gemeinden mit mindestens 40 Prozent Romanischsprechenden das Rätoromanische als Amtssprache

und erste Unterrichtssprache in der Schule vorzusehen und bei mindestens 20 Prozent als eine der Amtssprachen und als Erstsprache im Schulunterricht. Aber gerade wegen dieses besonders wichtigen Schutzes der romanischen Sprache wurde das kantonale Sprachengesetz nach ergriffenem Referendum in der Volksabstimmung nur mit Ach und Krach angenommen. Dem nüchternen Beobachter fällt auf, wie in diesen rechtlichen Regelungen und auch in der Praxis die Gemeindeautonomie wie sonst nirgends mehr absolut gesetzt wird. Der Kanton dispensiert sich so weitgehend von einer eigenen kohärenten Sprachenpolitik und setzt sich kaum als engagierter Anhänger der romanischen Sprache in Szene, obwohl diese ihm sein ganz eigenes Gepräge gibt. Sonst wäre das Rumantsch offiziell präsenter, und es käme beispielsweise nicht vor, dass es praktisch nicht als zweite Unterrichtssprache in der Primarschule bestimmt werden kann, weil die Schüler dann auf der regionalen Oberstufe andere Sprachkenntnisse benötigen. Im Widerspruch zu dieser Abstinenz seitens des Kantons, dort wo es einer umfassenden kantonalen Rahmenordnung für die Gemeinden und ebenso die Regionen bedürfte, setzte sich der Kanton hingegen über die Sprachenfreiheit der Romanen schlank hinweg,

als der Grosse Rat plötzlich beschloss, den Gemeinden nur noch Unterrichtsmittel in Rumantsch Grischun zur Verfügung zu stellen und so faktisch die Einführung dieser Sprachvariante ohne Verzug diktierte. Damit wurde zudem der sorgsam Strategie der Lia Rumantscha – die im Übrigen trotz der populistischen Aktionen der Pro Idioms nach wie vor Gültigkeit hat –, diese notwendige Standardsprache mit der gebotenen Sensibilität und Geduld wachsen zu lassen, ein Bärendienst erwiesen.

Es fehlt das notwendige Verständnis

Dieser Sparbeschlusses ohne sprachpolitische Rücksicht lässt das nötige Verständnis für das Rätoromanische deutlich vermissen. Es sollte daher nicht erstaunen, wenn die «chara lingua da la mamma» und die Muttersprache Bündens immer mehr zerfällt.

***Giusep Nay** ist alt Bundesgerichtspräsident. Er ist in Trun aufgewachsen und lebt heute in Valbella.

Vom 18. bis 25. Juni publiziert die «Südostschweiz» unter dem Titel «Hat Rätoromanisch noch eine Zukunft» eine Artikelserie, bei der sich verschiedene Persönlichkeiten auf Einladung der Redaktion zur Lage der bedrohten vierten Landessprache äussern.

**«Wiar laan ünsch sicher nit
romanisiera»**

VON GION TSCHUOR*

Gemeindefusionen liegen in Graubünden im Trend. In zweisprachigen Gebieten führt das jeweils zu erheblichen Problemen. Denn meistens fällt der romanische Teil um – so wie das schon früher jeweils der Fall war.

Obersaxen, Meierhof, Ende März 2011. Die Sonne brennt regelrecht. Beim Konsum treffe ich den Georg. «Wiar laan ünsch sicher nit romanisiera», so seine Antwort auf meine Frage zur möglichen Fusion zwischen der Gemeinde Obersaxen und der Gemeinde Mundaun. «Apassa müan scho dia andara.» Ich finde seine selbstsichere Haltung toll. Recht hat er, für sein «Obersaxertitsch» einzustehen.

Und die andere Seite, die Mundauer? Was passiert bei der erwähnten Fusion mit ihrer romanischen Sprache? – Das Gewohnte. Der romanische Teil fällt um. Man ist schon immer umgefallen. Die Stammtischpraxis mit fünf Romanisch- und einem Deutschsprechenden unterstreicht es.

Man redet Deutsch. Ist es Schwäche, ist es Anstand? Ist es Minderwertigkeit oder ist es der Fluch der Zweisprachigkeit? Vor allem diese, die viel gepriesene Bilinguität, hat die romanische Minderheit so oft ins Abseits gedrängt. Im Wissen um diese Tatsache dürften solche deutsch-romanischen Fusionskonstrukte gar nicht zu Papier kommen.

**Hier passiert genau das
Gegenteil**

Bei den geplanten Fusionsprojekten wurde die Surselva teilweise durch sehr willkürliche Striche neu strukturiert. Die vorgesehene Fusion zwischen Obersaxen und Mundaun nimmt gar keine Rücksicht auf die romanische Minderheitssprache. Was hat so ein Fusionsprojekt, das der romanischen Sprache gar keine Chance gibt, mit Art. 1 des Sprachengesetzes zu tun? Dieser lautet: Die bedrohte Landessprache Romanisch ist mit besonderen Massnahmen zu unterstützen. Hier passiert genau das Gegenteil! Wo und wie wird laut Art. 12 des Sprachengesetzes die grösste Sorgfalt zur Erhaltung und Förderung der romanischen Sprache bei dieser und anderen Fusionen angewendet?

Für jedes Fusionsprojekt hat der Kanton jeweils einen Vermittler – pardon,

«Begleiter» – vorgesehen. Wir nennen sie «mulissiers». Das kommt von «mulin» (Mühle). Die mir bekannten Fusionsbegleiter haben sich bis jetzt kaum für sprachliche Belange stark gemacht. Für sie zählt vor allem wirtschaftliches Potenzial. Die «weichen Faktoren» wie Sprache, Religion, Identität, gewachsene Strukturen, Geschichtliches werden kaum gewichtet, obwohl sie für den Alltag der Einwohner bedeutend wichtiger sind als ein paar Franken mehr oder weniger. Für den Kanton zählt leider bei einer Fusion ein vorhandener Golfplatz oder eine Sesselbahn bedeutend mehr als eine 450-jährige Sprache und Kultur.

Ähnliches oder noch Schlimmeres passiert bei der möglichen Fusion Ilanz+. Würde es zu dieser kommen, so würden 13 romanische Gemeinden zu Ilanz stossen, die meisten mit einem intakten romanischen Kern. Der romanische Anteil der neuen Gemeinde betrüge etwa 70 Prozent der Einwohner. Nach kantonalem Sprachengesetz Art. 16, Absatz 2 gelten Gemeinden mit mehr als 40 Prozent Angehörigen einer angestammten Sprachgemeinschaft als einsprachige Gemeinden. In diesen ist die angestammte Sprache kommunale Amtssprache. Also müsste Ilanz+ eindeutig eine einsprachige Gemeinde sein – eine romanische, keine zweisprachige.

Die Surselva würde geschwächt

Wenn der Kanton und die betroffenen Gemeinden es mit der bedrohten romanischen Sprache ernst meinen, dann darf das nicht passieren. Die neue Geschichte lehrt uns, was die Folge wäre, wenn diese Gemeinde zweisprachig würde. Die romanische Mehrheit würde umfallen – recht schnell. Diese Fusion, ohne garantierte einsprachige Gemeinde, ist ein zu grosses Risiko für ein wichtiges, intaktes, romanisches Gebiet. Es würde auch die ganze Surselva sprachlich immens schwächen. Deshalb erstaunt es schon, dass solche sprachlich unbedachten Projekte überhaupt aufgelegt werden.

Zurück nach Obersaxen. Georg zeigt auf die Sonne. «Schi macht hüür au wa'sch will, nimmt kai Rücksicht if minam Bläächdach.» Recht hat er, der Georg.

***Gion Tschuur** aus Rueun ist Redaktor bei Radiotelevision Svizra Rumantscha und beschäftigt sich intensiv mit Lokalgeschichte.

Vom 18. bis 25. Juni publiziert die «Südostschweiz» unter dem Titel «Hat Rätoromanisch noch eine Zukunft» eine Artikelserie, bei der sich verschiedene Persönlichkeiten auf Einladung der Redaktion zur Lage der bedrohten vierten Landessprache äussern.

Rumantsch muss wirtschaftsfähig werden

VON UREZZA FAMOS*

Als einer der Gründe für den Rückgang des Romanischen wird die ungenügende Präsenz unserer Sprache im Alltag genannt – besonders im wirtschaftlichen und im touristischen Bereich. Wie kann dem entgegengewirkt werden?

Im Kanton Graubünden sind wir stolz auf unsere Mehrsprachigkeit – ein reiches Potpourri von fünf verschiedenen romanischen Idiomen, das Italienische mit seinen Dialekten und die deutsche Sprache prägen unseren Alltag. Dazu hören wir auf den Strassen viel Portugiesisch, Spanisch, Serbokroatisch oder auch Russisch.

Doch Gesprochenes und Geschriebenes klaffen weit auseinander. Viele Romanen definieren sich zwar über ihre Sprache, wissen aber, dass sie just in ihrem Idiom nicht perfekt schreiben können. Deshalb steht keine andere Landessprache vor grösseren Herausforderungen als das Romanische. Die Idiome kämpfen tatsächlich

ums Überleben. Geht es nach dem Willen der Wirtschaft, würde in unseren Tälern noch viel mehr Deutsch gesprochen und geschrieben. Die Wirtschaft hält Rumantsch für wenig nützlich, es dient weder dem Geschäft noch der Karriere. Vor allem im Tourismus habe Romanisch nur noch einen folkloristischen Aspekt. Noch nie wurde dies so klar gesagt wie in den letzten Monaten, und die bissige Debatte zum wirtschaftlichen Nutzen unserer Idiome ist noch lange nicht abgeschlossen, auch wenn sie gerade schubladiert ist, damit nicht noch mehr Scherben entstehen.

Nur wenig romanische Plakate

Doch das Thema gehört auf den Tisch, denn wir Romanen sind wirtschaftlich tatsächlich von der deutschen Sprache abhängig. Kanton und Gemeinden versuchen zwar mit Sprachengesetzen Gegensteuer zu geben, doch oft hapert es bei der Umsetzung. In vielen Gemeinden ist Romanisch offizielle Amtssprache; und das Baugesetz von Sent kennt – hier als Beispiel genannt – eine Bestimmung, die verlangt, dass Plakate im öffentlichen Raum in romanischer Sprache verfasst sein müssen. Nach solchen romanischen Plakaten habe ich dieser Tage vergebens gesucht. Das Beispiel zeigt: Romanisch

ist als Amtssprache zwar unbestritten, doch dessen wirtschaftliche Bedeutung ist offensichtlich gering.

Wer etwas zu vermarkten hat, will, dass seine Werbung bei den Leuten ankommt. Und da gilt: Mit rätoromanischen Werbetexten würde man nur eine kleine Gruppe von Konsumentinnen und Konsumenten erreichen; nicht die wichtigste und nicht die zahlungskräftigste. Vielmehr wollen wir im Tourismus unsere Gäste informieren, sie an Veranstaltungen, in die Hotels, in Restaurants und Läden holen. Dies erklärt, weshalb Graubünden im Tourismus mit der deutschen Sprache – heute selbstverständlich auch mit Englisch, Italienisch und vielen weiteren Sprachen unserer Gäste – Werbung macht. Übersetzungen sind allerdings aufwendig und kostspielig. Und hier kommen wir zur Frage: Wäre nicht trotzdem mehr Romanisch möglich? Grossbetriebe, kantonale Stellen und öffentliche Institutionen könnten tatsächlich mehr tun und ein Vorbild sein. Sie verfügen meist über mehr Mittel als Kleinbetriebe, Vereine oder Kulturinstitutionen. Nehmen wir als Beispiel die Rhätische Bahn (RhB). «Die kleine Rote» ist eines der Wahrzeichen unseres Kantons und vermarktet sich international. Ihre Werbung gibts in vier Sprachen: Deutsch, Italienisch, Französisch und Englisch.

Romanisch nutzt die RhB kaum, mit Ausnahme einzelner Anschriften und Durchsagen in den Zügen. Ein Widerspruch zu den Werbesprüchen auf vielen Lokomotiven: «Tgi che sa rumantsch, sa dapli», wie etwa die Werbung des rätoromanischen Radios und Fernsehens sagt. Am Beispiel RhB zeigt sich, wie schwer es Romanisch in der wirtschaftlichen Realität hat. Doch es gibt auch gute Beispiele: In den Kommunikationsmitteln der Graubündner Kantonalbank hat das Romanische einen würdigen Platz.

Täglich zusätzliche Todesstösse

Zwar gibt es Hilfe und Unterstützung der Sprachendienste der romanischen Organisationen – und doch hat Romanisch in der Wirtschaft einen schweren Stand. Vergessen geht dabei – und ich nehme mich selbst auch in die Verantwortung –, dass wir mit unserer Haltung der Sprache täglich einen zusätzlichen Todesstoss versetzen. Da helfen alle Debatten für oder gegen Rumantsch Grischun nichts. Vielleicht wäre es sinnvoll, jenen finanzielle Unterstützung, Fachwissen und Hilfe anzubieten, die als kleines Unternehmen, als Verein oder Kulturinstitution mit der Sprachenvielfalt finanziell und zeitlich überfordert sind.

Mit dem gemeinsamen Ziel, Romanisch «wirtschaftsfähig» zu machen.

***Urezza Famos** aus Sent ist Kultur- und Unternehmensberaterin sowie Verlegerin des Magazins «Piz».

Vom 18. bis 25. Juni publiziert die «Südostschweiz» unter dem Titel «Hat Rätoromanisch noch eine Zukunft?» eine Artikelserie, bei der sich verschiedene Persönlichkeiten auf Einladung der Redaktion zur Lage der bedrohten vierten Landessprache äussern.

REGION DIE SÜDOSTSCHWEIZ
DONNERSTAG, 23. JUNI 2011 4
TRIBÜNE

Ein Gesetz allein vermag keine Sprache zu retten

VON MATTHIAS GRÜNERT*

Selbst in den rätoromanischen Kerngebieten kommt man ohne Romanischkenntnisse meist problemlos über die Runden. Umso wichtiger wäre es, dass die Einheimischen die Zuzüger motivieren, sich sprachlich zu integrieren.

Obschon in den beiden letzten Jahrzehnten in der Sprachengesetzgebung

auf Bundes- und Kantonebene erhebliche Fortschritte erzielt worden sind, erweisen sich die in der Praxis ergriffenen Massnahmen zum Schutz der Minderheitensprachen als unzulänglich. Die gesetzlichen Bestimmungen können ohnehin nur bestimmte Bereiche erfassen: Behörden, Verwaltung, Schule sowie die staatlich finanzierte Sprach- und Kulturförderung.

Diese staatlichen Einflussbereiche haben auch in einer 2009 erschienenen Broschüre des Instituts für Kulturforschung Graubünden (IKG) mit Empfehlungen zur Förderung der Minderheitensprachen ein besonderes Gewicht: Aufgrund von Ergebnissen einer 2008 publizierten Studie zum «Funktionieren der Dreisprachigkeit im Kanton Graubünden» wird auf verschiedenste Zuständigkeiten für eine möglichst konsequente Berücksichtigung des Rätoromanischen und des Italienischen in öffentlichen Bereichen hingewiesen.

Beindruckende Listen, aber ...

Die im Bündner Sprachengesetz und in der erwähnten Broschüre auftretenden Listen von Einsatzbereichen mögen beeindrucken, sie sollten jedoch nicht glauben machen, mit der Umsetzung der entsprechenden Massnahmen wäre das Wesentliche getan. Eine

Sprachenförderung, die erfolgreich sein will, darf sich nicht auf Bereiche beschränken, in denen sich der Sprachgebrauch durch behördliche Instanzen steuern lässt, sondern muss der Animierung zur konsequenteren Verwendung des gefährdeten Romanischen auch in weniger formellen Bereichen höchste Bedeutung beimessen (worauf in den erwähnten Empfehlungen ebenfalls hingewiesen wird).

Das Eintreten für das Romanische im lokalen öffentlichen Bereich stellt eine wichtige Aufgabe der Lia Rumantscha dar und ist aufs Engste mit den Bemühungen um die sprachliche Integration von Zuzüglern im romanischen Gebiet verbunden. Was sich in den Gebieten «grösserer Sprachen» von selbst versteht – das Erlernen der Ortssprache – ist im Gebiet einer «Kleinsprache» oft Gegenstand von Überzeugungsarbeit.

Erfolge lassen sich durchaus beobachten: Überall in Romanischbünden. Vor allem in Ortschaften mit einer stärkeren Präsenz des Romanischen im öffentlichen Leben, stellt man fest, wie Zugezogene die Ortssprache im privaten und öffentlichen Alltag sprechen und somit einen Beitrag zu einer am Ort funktionierenden Romanisch sprechenden Gemeinschaft leisten.

Da sich jedoch der Alltag selbst im

romanischen Kerngebiet ohne Verwendung des Romanischen meistern lässt, sind Zugezogene, die nicht von sich aus die Initiative ergreifen, immer wieder zu motivieren. Die nötige Überzeugungsarbeit sollte nicht nur den regionalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Lia Rumantscha überlassen, sondern von Personen am Ort im privaten und öffentlichen Leben mitgetragen werden. Im Alltag und im lokalen Vereinsleben sollten Zugezogene zum Romanischlernen ermuntert und bei ihrer Verwendung des Romanischen unterstützt werden. Am meisten gefordert sind die Zugezogenen selbst, die die Anstrengung um die sprachliche Integration nicht scheuen dürfen. Ausschlaggebend sollte neben dem Wissenserwerb – *tgi che sa rumantsch, sa dapl!* – auch die neue Qualität sein, welche die soziale Integration am Wohnort erhält, wenn man die Ortssprache spricht.

Entscheidend sind die Bewohner

Und schliesslich leistet man damit einen persönlichen Beitrag zur Umsetzung des Territorialitätsprinzips. Das Sprachengesetz kann nämlich nicht mehr tun, als das Romanische als Amts- und Schulsprache – bei gewissen Anteilen Romanischsprachiger

– vorzuschreiben und somit dazu beitragen, dass eine Gemeinde nicht allzu leicht ihre sprachliche Zugehörigkeit wechselt. Das Romanische als Teil des lokalen gesellschaftlichen Lebens aufrechterhalten können nur die Gemeindebewohnerinnen und -bewohner – zu denen die Zugezogenen gehören – durch ihren Sprachgebrauch im Alltag.

* **Matthias Grünert** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Romanischen Seminar der Universität Zürich und Redaktor am Institut dal Dicziunari Rumantsch Grischun in Chur.

Vom 18. bis 25. Juni publiziert die «Südostschweiz» unter dem Titel «Hat Rätoromanisch noch eine Zukunft?» eine Artikelserie, bei der sich verschiedene Persönlichkeiten auf Einladung der Redaktion zur Lage der bedrohten vierten Landessprache äussern.

REGION DIE SÜDOSTSCHWEIZ
FREITAG, 24. JUNI 2011 7
TRIBÜNE

Was hält die zweisprachigen Schulen am Leben?

VON ANDREA URECH*

Die zweisprachige Schule ist in Graubünden eine relativ neue Schulform.

Meist in stark germanisierten Gebieten zu finden, ist sie von minimalen Bedingungen abhängig, um das halten zu können, was man sich von ihr verspricht.

Das Samedner Konzept einer immersiv geführten zweisprachigen Schule wurde 2001 von der Bündner Regierung anerkannt. Romanisch und Deutsch sind ab dem Kindergarten bis zur 9. Klasse immersive Unterrichtssprachen. Immersiv bedeutet, dass die beiden Sprachen nicht nur im Sprach-, sondern mündlich und schriftlich auch im Sachunterricht angewendet werden. Diese Methode gilt als die effektivste, die neben dem Sprachenerwerb ausserdem auch noch andere positive Auswirkungen auf die intellektuelle Entwicklung des Kindes hat.

Im Vergleich zu den traditionellen romanischen Schulen, in denen Deutsch erst ab der 4. Klasse als Sprachfach unterrichtet wird, verringert sich der Anteil des Romanischen in Kindergarten und Primarschule zugunsten des Deutschen. Da Romanisch als die schwächere der beiden Sprachen mehr gefördert werden muss, ist der Anteil des Romanischen in der Primarschule mit 70 Prozent höher als derjenige in Deutsch. Diese Reduktion im Vergleich zu traditionellen romanischen Schulen wird

durch eine Erhöhung der Romanischlektionen in der Oberstufe ausgleichlichen. Normalerweise dominiert hier Deutsch, in Samedan jedoch soll der Anteil Romanisch und Deutsch je 50 Prozent sein. So wird nicht nur der Verlust in der Primarschule ausgeglichen, sondern das Romanische erhält auch in der wichtigen Phase der Ich-Findung der Jugendlichen einen höheren Stellenwert.

Deshalb hat die Bündner Regierung ursprünglich auch nur Konzepte bewilligt, welche die 1. bis 9. Klasse umfassen. Leider ist sie seither von diesem Prinzip abgewichen und hat auch Konzepte gestattet, die nur die Primarschule betreffen, sehr zum Schaden des Romanischen.

Es braucht überall etwas

Was sind die Bedingungen für den Erfolg zweisprachiger Schulen?

Akzeptanz: Zweisprachige Schulen entstehen meist in stark germanisierten Regionen. Sie sind ein Kompromiss zwischen dem Anspruch vieler Deutschsprachiger auf eine deutschsprachige Schule und der Notwendigkeit, dem Romanischen eine substantielle Stellung in der Schule zu garantieren. Nur wenn beide Sprachgruppen hinter diesem Kompromiss stehen, funktioniert die Schule.

Lehrpersonen: Alle Lehrkräfte sollten fähig sein, in beiden Sprachen zu unterrichten. Auf der Primarstufe ist das Angebot an romanischen Lehrpersonen im Moment noch genügend, allerdings mit sinkender Tendenz. Seit der Abschaffung des Lehrerseminars ist bei Neulehrern allerdings ein bedrückender Kompetenzzrückgang in Romanisch zu beobachten. Auf der Oberstufe ist der Mangel an romanischsprachigen Lehrkräften schon jetzt bedrohlich. So ist Samedan seit einigen Jahren ausserstande, dem Anspruch auf 50 Prozent romanische Lektionen gerecht zu werden.

Lehrmittel: Der Kanton bietet keine Lehrmittel für seine zweisprachigen Schulen an. Während die Primarschule mit den bestehenden romanischen und deutschen Schulbüchern einigermaßen gut bedient ist, fehlt auf der Oberstufe Unterrichtsmaterial für den romanischen Sachunterricht fast gänzlich. Die Lehrpersonen müssen dieses unter grossem Mehraufwand selber erarbeiten.

Politik: Das zweisprachige Schulmodell wird im Bündner Schulgesetz mit keinem Wort erwähnt und findet auch sonst in der Sprachpolitik keinen Niederschlag. So gelten zum Beispiel für die Schüler zweisprachiger Schulen die gleichen Mittelschulprüfungen wie für die Schüler aus deutsch- oder

romanischsprachigen Schulen, obwohl ihr sprachlicher Hintergrund ein anderer ist.

Die Sprachkompetenz ist in Gefahr

Auch die rigide Rumantsch-Grischun-Strategie des Kantons (flächendeckende Einführung dieser neuen Schriftsprache) wird der Situation der zweisprachigen Schulen nicht gerecht. Würde der schon in der Primarschule reduzierte Unterricht im lokalen Idiom durch die Einführung von Rumantsch Grischun nochmals stark vermindert, würden die Kinder keine genügende Sprachkompetenz mehr erreichen. Einleuchtend, angesichts der grossen Unterschiede zwischen Idiomen und Rumantsch Grischun. Resultat davon wäre wohl die Abkehr von der zweisprachigen Schule hin zur rein deutschsprachigen.

***Andrea Urech** ist seit 33 Jahren Sekundarlehrer an der Gemeindeschule Samedan und seit 2005 Beauftragter für die Zweisprachigkeit in Samedan.

Vom 18. bis 25. Juni publiziert die «Südostschweiz» unter dem Titel «Hat Rätoromanisch noch eine Zukunft» eine Artikelserie, bei der sich verschiedene Persönlichkeiten auf Einladung der Redaktion zur Lage der bedrohten vierten Landessprache äussern.

Mutig nach vorne Spielen – und Auf Sieg

VON PIEDER CAMINADA

Wie viele Rätoromanen gibt es?

Richtig beantworten kann diese Frage niemand, weil es seit dem Jahr 2000 keine Volkszählung im herkömmlichen Rahmen mehr gegeben hat. Und selbst wenn es eine aktuelle Erhebung gäbe, wüsste man es nicht so genau, denn viele Leute, die Romanisch sprechen, würden sich nicht zwingend als Rätoromanen bezeichnen, weil sie sich mittlerweile doch mehr als Deutschsprachige fühlen.

Eines kann man aber auch ohne Volkszählung sagen: Es gibt immer weniger Rätoromanen. Die vierte Landessprache der Schweiz serbelt, obwohl deren Schutz und Förderung verfassungsmässig eigentlich garantiert wären. Und niemand scheint den Niedergang stoppen zu können. Nicht einmal die Rätoromanen selbst. Ihnen fehlen nicht nur die finanziellen Mittel, um die arg bedrohte Sprache wirkungsvoll zu stärken. Sie machen sich auch noch kleiner, als sie sind,

und schwächen sich sogar noch gegenseitig.

Beispiele dafür gibt es genug:

Wenn die Rätoromanen in den letzten Jahren von sich reden machten, dann meistens, weil sie sich in den Haaren lagen. Jüngstes Beispiel ist die unselige und kompromisslos geführte Diskussion um Rumantsch Grischun in der Schule. Dafür bringt manch ein Deutschbündner, der für das Rätoromanische durchaus Sympathie hat, kein Verständnis mehr auf. Und so kann es auch nicht verwundern, dass im Zusammenhang mit den Rätoromanen auch schon mal das hässliche Wort «Talibans» die Runde macht. Die Romanen haben also nicht nur ein Problem mit ihrer Muttersprache, sondern auch mit ihrem Image.

Was tun? – Sicher nicht militant werden oder auf stur schalten, um die verfassungsmässig zustehenden Rechte einzufordern. Das löst immer Gegenreaktionen aus und bringt die Rätoromanen nur noch weiter vom Ziel ab, ihre Sprache in allen Lebensbereichen leben zu können. Aber kämpferischer müssen die Rätoromanen schon werden. Und noch viel wichtiger: kreativer und lustvoller. So wie in den Achtzigerjahren, als die Rätoromanen schweizweit zu den Lieblingen der Nation mutierten, weil sie sich mit viel Ideenreichtum für ihre

Muttersprache einsetzten. Und auch viel erreichten.

Eigentlich müssten die Rätoromanen ihre Sprache so leben, wie die zurzeit wohl beste Fussballmannschaft der Welt, der FC Barcelona, Fussball spielt: unbekümmert, frech, voller Lebensfreude. Würden sie diese Philosophie zu eigen machen, würden sie erkennen, dass man auch verteidigen kann, ohne dass man hinten reinsteht und destruktiv spielt, um ja kein Tor zu kassieren.

Nicht von ungefähr sagt eine alte Fussballerweisheit, dass Angriff die beste Verteidigung sei. Die Rätoromanen sollten sich also nicht länger defensiv gegen die drohende Niederlage stemmen, sondern mutig nach vorne spielen – und auf Sieg. Natürlich bedeutet das nicht, dass man auch gewinnen wird, wer sich aber nur in der eigenen Platzhälfte einigelt, kann nur verlieren.

pcaminada@suedostschweiz.ch

Unter dem Titel «Hat Rätoromanisch noch eine Zukunft?» hat die «Südostschweiz» seit dem 18. Juni täglich einen Beitrag über die aktuelle Lage der Rätoromanen publiziert. Mit diesem Leitartikel wird die Serie heute abgeschlossen.

Impressum

Edition Vertex Zürich
Hardturmstrasse 317
8005 Zürich

Adresse des Autors:
Dr. Martin Bundi,
a. Nationalrat und Historiker
Süsswinkelgasse 12
7000 Chur

Gestaltung:
null-oder-eins.ch

Herausgegeben mit Unterstützung
der Lia Rumantscha (LR)

ISBN 978-3-033-05146-1